

N i e d e r s c h r i f t

**der 37. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
24.10.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 14:05 Uhr bis 17:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	anwesend ab 16:30 Uhr
Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Frank Sängler	CDU	
Herrn Gernot Töpfer	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	
Frau Franziska Godau	DIE LINKE.	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Uwe Heft	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Erhard Preuk	DIE LINKE.	
Herr Hans-Jürgen Schiller	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	anwesend ab 15:00 Uhr
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	anwesend ab 14:30 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	anwesend ab 14:45 Uhr
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBürger	anwesend ab 14:30 Uhr
Frau Andrea Machleid	NPD	
Herr Eberhard Doege	BG	
Herr Egbert Geier	BG	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG	

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	DIE LINKE.
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD
Herr Thomas Felke	SPD
Herr Johannes Krause	SPD
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.

zu **Einwohnerfragestunde**

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald B a r t l**.

Frau Regina Leyser sagte, sie habe aus gesundheitlichen Gründen ihren großen Hund mehrmals ohne Leine laufen lassen. Daraufhin habe sie Ordnungsbescheide erhalten. Trotz eingelegten Widerspruchs muss sie Strafe zahlen.

Sie bat um eine positive Entscheidung vom Ordnungsamt.

Sie regte an, auf den „Pulverweiden“ den Hunden die Möglichkeit des freien Laufens zu geben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies auf die bestehende Satzung der Stadt, welche Bußgelder bei Ordnungswidrigkeiten vorsehe.

Das Amt habe nach pflichtgemäßem Ermessen eine Prüfung durchgeführt und entsprechend entschieden.

Zu diesem speziellen Fall könne sie nichts sagen.

Herr Lars Wobisch hatte Fragen zum Tagesordnungspunkt 5.5 - Investitionsplanung nach Prioritäten für die Kindertagesstätten- und Schulbauförderung 2007 - 2013 der Stadt Halle (Saale):

- Wie sieht es mit den Ausweicheinrichtungen für die betroffenen Schulen aus?
- Wann ist der früheste Beginn der Sanierung der Einrichtungen?
- Sind speziell bei der GS „Am Heidrand“ Parkplätze für Lehrer vorgesehen?
- In der Vorlage stehe, dass vom Land noch 20 Mio. Euro für Investitionen vorgesehen seien.
Nach seiner Berechnung sind es aber noch 5 Mio. Euro mehr.
Woher kommen diese 5 Mio. Euro?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass es sich hier um eine Prioritätenliste handelt, welche Grundlage für eine Antragstellung beim Land sei.

Die Prioritätenliste wurde erstellt, weil in der nächsten EU-Förderperiode 2007 bis 2013 nochmals Mittel über das Land zur Verfügung gestellt werden sollen.

Deshalb müssen frühzeitig Anträge beim Land zur Finanzierung gestellt werden.

In der Verwaltung und in den entsprechenden Gremien wurde die Reihenfolge festgelegt, welche Kindertageseinrichtungen, Horte und Schulen saniert werden sollen.

Für das Land Sachsen-Anhalt wären das Gelder in Höhe von etwas über 200 Mio. Euro zur Sanierung von Schulen und nochmals 40 Mio. Euro zur Sanierung von Kindergärten.

Wenn die Bewilligung vorliege, dann werde im Stadtrat darüber berichtet, wann welche Schulen, Kindertageseinrichtungen und Horte saniert werden.

Sie glaube allerdings nicht, dass dabei Parkplätze als Schwerpunkt für eine Entscheidung gesehen werden.

Herr Peter Stachel fragte zum Tagesordnungspunkt 5.1 – Konzept zum Abbau des Altdefizits, warum im Konzept kein Vorkaufsrecht für Mieter vorgesehen ist.

Er habe die Absicht, den Wert seiner Wohnung innerhalb der nächsten 12 bis 48 Monate zu erarbeiten. Er sei davon überzeugt, dass auch andere Mieter ein solches Interesse haben und bat, das Vorkaufsrecht für Mieter in das Konzept nachträglich mit einzuarbeiten. In diesem Zusammenhang überreichte er an Frau Oberbürgermeisterin Szabados ein Schreiben (Anlage 1).

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass mit dem vorliegenden Konzept ein Beschluss des Stadtrates im Sinne der städtischen Haushaltskonsolidierung herbeigeführt werden soll.

Sie bat Herrn Stachel, sich mit seinem Anliegen an die entsprechende Wohnungsgesellschaft zu wenden.

Sie werde aber die Aufsichtsräte der Wohnungsgesellschaften darüber informieren, damit diese Einzelfälle in der Geschäftsführung erörtert werden können.

Herr Andreas Händler bezog sich ebenfalls auf den Tagesordnungspunkt zum Abbau des Altdefizits und hatte folgende Fragen (Anlage 2):

1. Veräußerung von Anteilen an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH
 - Mit welchen Einnahmen werde durch den Verkauf der Anteile gerechnet?
 - Welchen Anteil hat die FEO an der Wasserversorgung der Stadt Halle?
 - Welchen Anteil am kommunalen Haushalt hatte die FEO seit dem 20.01.2005 bisher?
2. Empfehlung der Veräußerung von städtischen Immobilien im Wert von 14,5 Mio. Euro
 - Welche Immobilien sind konkret von diesem Vorhaben betroffen?
 - An wen sollen die Immobilien veräußert werden?
3. Aus der Neustrukturierung der beiden kommunalen Wohnungsunternehmen soll ein Betrag von 214,4 Mio. Euro dem städtischen Haushalt zufließen, wobei davon zum Abbau des Altdefizits ein Betrag von 189,0 Mio. Euro eingesetzt werden.
 - Wofür sollen die restlichen 25,4 Mio. Euro eingesetzt werden?
 - Wie viele Wohnungen sollen die HWG und GWG verkaufen und an wen?
 - An wen sollen die jeweils 25 % Geschäftsanteile verkauft werden?
 - Ist eine Obergrenze für die bis zu 2012 zu verkaufenden Geschäftsanteile der HWG und GWG geplant?
4. Mit welchem Fehlbetrag bei den Einnahmen im städtischen Haushalt werde für das Jahr 2012 im Vergleich zum Haushaltsplan 2007 durch die Durchführung dieses Maßnahmenpaketes zum „Abbau des Altdefizits“ gerechnet?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte, es sei schwierig, auf die einzelnen Fragen einzugehen.

Auf die letzte Frage antwortete sie, dass im Jahre 2012 kein Fehlbetrag im laufenden Haushalt entstehen soll. Deshalb werde jetzt die Vorlage zum Abbau des Altdefizits eingebracht.

Der Fragenkomplex, der die Stadtverwaltung betrifft, werde schriftlich beantwortet.

Sie bat Herrn Händler, sich wegen des Verkaufs von Wohnungen an die jeweiligen Wohnungsgesellschaften zu wenden.

Frau Gabriele Koch sprach an, dass sich die Stadt Halle (Saale) als familien-, bildungs- und gesundheitsfördernde Stadt profilieren wolle.

Sie fragte zur Arbeitszeitregelung der Berufsfeuerwehr:

- Wäre es nicht angebracht, innerhalb der Stadtverwaltung als Vorbild voran zu gehen?
- Wie will sich die Stadt profilieren, wenn sie die Gesundheitsförderung und Arbeitsbedingungen von ihren eigenen Mitarbeitern, wie z. B. den Berufsfeuerwehrlern erschweren und verschlechtern will?
- Warum werden Dienstpläne vorgeschlagen, bei denen der Dienst nicht mehr planbar ist und die Arbeitszeit eher steigt, als von der EU beabsichtigt, sinkt?

Sie übergab an den Stadtrat ein Anschreiben mit einer Unterschriftensammlung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass der Stadtrat dafür nicht zuständig sei, sondern die Verwaltung. Diese befasse sich bereits intensiv mit der Problematik, sei aber auch an die EU-Regelungen gebunden.

Sie bat **Herrn Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit**, um ergänzende Ausführungen.

Auf Antrag der **Fraktion DIE LINKE** erfolgt ein **Wortprotokoll**:

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit
Vielen Dank, Frau Koch und Kollegen der Berufsfeuerwehr, die Sie ja zahlreich heute vertreten sind.

Ich möchte Folgendes vielleicht eingangs sagen:

In der Personalversammlung ist auch stets gesagt worden, die wir regelmäßig durchführen, auch in den Beratungen zwischen Dienststellenleitung und Personalrat, dass durchaus bei der Dienststellenleitung als auch bei mir Verständnis dafür da ist, dass man sich an einen 24-Stunden-Rhythmus als Schichtrythmus in der Feuerwehr im Laufe der langen Jahre gewöhnt hat. Diese Arbeitszeit hat ja nahezu schon traditionellen Charakter in Deutschland.

Uns allen ist bekannt, dass die EU bestimmte Regelungen getroffen hat. Sie hat auch Ausnahmeregelungen dazu getroffen und verweist dazu aber auf das nationale Recht. Das nationale Recht, sprich das Innenministerium, hat mit einer entsprechenden Arbeitszeitverordnung im Frühsommer dieses Jahres reagiert. Diese Arbeitszeitverordnung lässt nach rechtlicher Wertung sowohl unseres Rechtsamtes als auch der Dienststellenleitung als auch von mir, das betone ich ausdrücklich, einen 24-Stunden-Dienst nicht mehr zu, weil letztendlich eine 11-stündige Ruhezeit vorgeschrieben worden ist an einem Tag und 11 Stunden heißt: Ruhezeit - Anwesenheit außerhalb der Dienststelle.

Wir haben deshalb klärend - wir, das sind meine Beigeordnetenkollegen von Magdeburg und Dessau - uns an das Innenministerium gewandt und haben einfach um die schlichte Auskunft gebeten: Ist ein 24-Stunden-Dienst nach Eurer Arbeitszeitverordnung möglich oder nicht?

Diese Antwort steht bedauerlicherweise noch aus, weil zum einen das Landesverwaltungsamt sich noch eine gewisse Zeit genommen hat, um eine rechtliche Bewertung vorzunehmen.

Ich habe vergangene Woche mit dem Innenministerium, mit dem Abteilungsleiter, gesprochen. In dieser Woche auch noch mal, und zwar gestern. Bis zum Ablauf dieser Woche soll, ich betone soll, ich eine Antwort erhalten. Sobald die Antwort vorliegt, das habe ich auch dem Personalratsvorsitzenden gesagt, werden wir uns unverzüglich zusammensetzen und Gespräche führen.

Die Zeit drängt. Wir müssen auch eine Lösung finden. Aber wir müssen letztendlich auch die rechtliche Klarheit haben, dass wir dann alle die Optionen, die immer wieder im Spiel sind, auch gemeinsam besprechen können.

Ich denke, das wird Ihnen auch der Herr Drowski, der hier mit anwesend ist, als Personalratsvorsitzender, so bestätigen, dass das meine Handlungsweise in dieser Frage war.

Noch einmal. Wir haben diese Belange zu berücksichtigen und ich möchte eine Regelung haben, die dann auch tatsächlich rechtsbeständig ist und nicht neue Unklarheiten schafft.

Danke.

Ende des Wortprotokolls.

Herr Roland Manske bezog sich auf seine Anfrage aus der letzten Einwohnerfragestunde und fragte nochmals, warum er von den Stadträten, die im Aufsichtsrat der GWG tätig sind, und von Frau Oberbürgermeisterin Szabados bisher noch keine Antwort über ordentliche Abrechnungen der Betriebskosten bei der GWG erhalten habe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados stellte klar, dass sie die GWG über sein Schreiben informiert und um Prüfung gebeten habe.

Die GWG sollte sich mit Herrn Manske in Verbindung setzen.

Er könne nicht davon ausgehen, dass die Stadträte, die als Aufsichtsräte tätig sind, sich mit der Betriebskostenabrechnung befassen. Das sei Sache des Unternehmens.

Wenn er der Meinung sei, dass falsche Abrechnungen erfolgten, müsse er den Weg des privaten Klagerechts gehen.

Sie werde aber die Angelegenheit noch einmal aufgreifen und im Aufsichtsrat der GWG ansprechen und betonte, dass die GWG nicht bewusst falsche Abrechnungen erstelle.

Frau Helga Löffke fragte:

- Liegt ein Konzept zum Neubau des Stadions vor?
- Warum konnten die interessierten Investoren zum Bau eines neuen Stadions nicht fest gebunden werden?
- Warum wurden die Fördergelder aus Magdeburg nicht rechtzeitig angefordert?
- Warum wurde in den letzten Jahren nichts zum Erhalt des Stadions getan?
- Wenn das Kurt-Wabbel-Stadion für einen Umbau nicht in Frage kommt, warum wird dann nicht ein neuer Standort für ein kleines, ausbaufähiges Stadion gefunden?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte, dass ein Konzept vorgelegen habe und versucht wurde, mit Investoren ein Stadion zu bauen.

Derzeit werde ein neuer Standort geprüft und über die Idee eines neuen, kleineren Stadions auf verschiedenen Ebenen diskutiert.

Die in Aussicht gestellten Fördermittel des Landes sollten nicht verfallen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die 37. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bartl**.

Herr Bartl verpflichtete vor Beginn der Sitzung den neuen Stadtrat, **Herrn Denis Häder, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger**.

Herr Bartl gab weiterhin bekannt, dass **Frau Thea Ilse** seit dem 01.10.2007 für die **Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger** den Vorsitz übernommen hat.

Herr Bartl stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 45 Mitglieder des Stadtrates (78,95 %) anwesend.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat von der Tagesordnung die Vorlagen **abzusetzen**:

5.3. *Vereinbarung zu strategischen Zielen*
Vorlage: IV/2007/06669

Diese Vorlage wurde im Hauptausschuss vertagt auf November 2007.

5.1. *Konzept zum Abbau des Altdefizits*
Vorlage: IV/2007/06756

Herr Bartl erteilte **Herrn Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, das Wort, da er das Signal erhalten habe, die Fraktion beabsichtige, das Thema zu vertagen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, erklärte: Wenn das Thema im Ausschuss nicht behandelt wurde, müsse die Verwaltung handeln. Da die Verwaltung aber dazu nicht bereit sei, fühle er sich dem Recht der Hauptsatzung als Vorsitzender des Finanzausschusses verpflichtet und stelle hiermit den Antrag, das Thema zu vertagen. So wurde auch im Finanzausschuss abgestimmt.

Grund der Vertagung sei, dass die HWG ihre Unterlagen zur Plausibilitätsprüfung bis zum 11. Oktober 2007 nicht rechtzeitig abgegeben habe und die Vorlage somit nicht behandlungsreif sei.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte, sie habe die Vertagung der Vorlage aus dem Finanzausschuss zur Kenntnis genommen.

Sie habe das Landesverwaltungsamt vom weiteren Beratungsbedarf zum Abbau des Altdefizits in Kenntnis gesetzt. Auch habe sie ordnungsgemäß beim Landesverwaltungsamt einen Antrag auf Fristverlängerung gestellt. Demzufolge habe die Verwaltung durchaus gehandelt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados betonte, dass kein weiterer Zeitverzug eintreten sollte. Deshalb müssen intensive Gespräche in den Fraktionen geführt werden, um noch in der Stadtratssitzung im November zu einer Entscheidung zu kommen. Diese Frist müsse eingehalten werden.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, wies darauf hin, dass, nachdem der Finanzausschuss die Vorlage nicht behandelt habe, die Verwaltung dafür hätte Sorge tragen müssen, dass die Vorlage vertagt wird. Hierzu hätte es keiner Hilfe durch den Finanzausschussvorsitzenden bedurft.

Das Nichtvorliegen der Information seitens der HWG sei dagegen nicht der einzige Grund gewesen, warum bereits im Finanzausschuss die Vorlage von der Tagesordnung genommen wurde. Es fehlten deutlich mehr Informationen von der Verwaltung.

Herr Bartl bat um Abstimmung über die Vertagung des TOP 5.1.

Abstimmungsergebnis zur Vertagung: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Herr Bartl bat **Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU**, zu folgendem Tagesordnungspunkt etwas zu sagen:

5.5. *Investitionsplanung nach Prioritäten für die Kindertagesstätten- und Schulbauförderung 2007 - 2013 der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: IV/2007/06391

Frau Dr. Bergner erläuterte, dass die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes der Hauptsatzung widerspreche, da unterschiedliche Voten im Jugendhilfeausschuss und Bildungsausschuss bestehen.

Voraussichtlich kommen erst im Dezember/Januar die Richtlinien von der EU. Dann wäre noch ausreichend Zeit für die Einreichung der zweiten Planungsphase und der entsprechenden Förderanträge.

Sie beantragte, die **Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen**.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass sich die Verwaltung dem Antrag des Bildungsausschusses anschließe.
Es habe eine gemeinsame Beratung der beiden Ausschüsse stattgefunden und nur die Abstimmung war unterschiedlich.

Sie gehe davon aus, dass der morgige Jugendhilfeausschuss nicht zu einer anderen Entscheidung kommen wird.
Formal werde deshalb kein Fehler bei der Beschlussfassung gemacht. Deshalb könne heute die Vorlage behandelt und zum Abschluss gebracht werden.
Es wäre von Vorteil, dass ein Beschluss vorliegt, wenn die Förderrichtlinie kommt.

Frau Dr. Bergner betonte, sie bleibe bei ihrem Antrag.
Es bestehe kein Zeitdruck mehr und es sei genügend Zeit, um noch offene Fragen zu diskutieren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bemerkte, wenn es noch offene Fragen in den Ausschüssen gibt, dann sei die Diskussionslage anders. Insofern müsse über eine Vertagung abgestimmt werden.

Herr Bartl bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis zur Vertagung des TOP 5.5: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Herr Bartl informierte, über das Vorliegen eines

Gemeinsamen **Änderungsantrages** der Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE und der Fraktionsgemeinschaft FDP+Graue+WG Volkssolidarität zum TOP 5.11 zur Vorlage IV/2007/06687- Wahl der/des Beigeordneten für Wirtschafts- und Arbeitsförderung
Vorlage: IV/2007/06814

Herr Bartl bat die beiden Fraktionen um Begründung ihres gemeinsamen Änderungsantrages.

Herrn Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, begründete im Namen seiner Fraktion den Änderungsantrag.

Bei Durchsicht der Unterlagen wurde festgestellt, dass kein geeigneter Bewerber gefunden werden konnte, der in der Lage wäre, für sieben Jahre Qualitätsarbeit auf der Stelle des Beigeordneten zu leisten.

Das Verfahren sollte deshalb nicht fortgeführt werden.

Ursprünglich wurde von seiner Fraktion der Antrag gestellt, die Wirtschaftsförderung in eine eigene GmbH auszugliedern. Dies habe auch ein Bewerber vorgetragen.

Mit der Ausgliederung könne eine ordentliche Wirtschaftsförderung betrieben werden und die Stadt habe eine finanzielle Entlastung.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, schloss sich im Grundsatz den Worten von Herrn Prof. Schuh an.

Seine Fraktion habe immer die Schaffung der Stelle eines Beigeordneten für Wirtschafts- und Arbeitsförderung positiv unterstützt.

Unter den Bewerbern konnte von seiner Fraktionsgemeinschaft auch kein geeigneter Kandidat gefunden werden.

Aus den gezeigten Erfahrungen der Vorzeit bestehe jetzt die einmalige Chance, das ganze Verfahren zu überdenken. Hier bezog er sich auf das Dortmunder Modell, was seit Jahren eine gute Resonanz habe.

Über eine Besetzung mit vier Beigeordneten sollte nachgedacht werden.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger,

bezog sich auf die Ausführungen von **Herrn Prof. Schuh** und wies darauf hin, dass im Hauptausschuss die Chance zur politischen Diskussion bestand, wo auch ein klares Votum abgegeben wurde.

Er sprach sich gegen den Änderungsantrag aus.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, teilte mit, dass seine Fraktion sich mehrheitlich der Stimme enthalten werde.

Die Ausführung des Herrn Dr. Wöllenweber wären „Wasser auf die Mühlen“ zur Einsparung eines fünften Beigeordneten.

Seine Fraktion wolle die Situation nicht ausnutzen und durch „die Hintertür“ ihren Antrag aktivieren.

Seine Fraktion werde sich deshalb der Mehrheit des Rates anschließen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, sagte, dass so das Verfahren nicht ginge und auch der Inhalt des Antrages sich widerspreche.

Wenn der Antrag zur Absetzung von der Tagesordnung, wie im Satz 1 formuliert, gestellt und diesem zugestimmt werde, dann könne aber Satz 2 und 3 nicht mehr behandelt werden.

Deshalb müsse über Satz 2 und 3 gesondert abgestimmt werden.

Herr Prof. Schuh bemerkte, er sei davon ausgegangen, dass der Änderungsantrag rechtlich abgestimmt wurde.

Herr Bartl schlug vor, dass der Änderungsantrag in zwei separate Änderungsanträge geteilt werde.

Der erste Beschlussvorschlag beziehe sich auf die Änderung der Tagesordnung.

Herr Koehn, Fraktion der SPD, warf ein, nach der Hauptsatzung zu verfahren.

Wer mit der Tagesordnung nicht einverstanden sei, könne den Antrag stellen.

Die inhaltliche Diskussion zur Vorlage solle später erfolgen. Aus diesem Grunde beantragte er, über den Änderungsantrag abzustimmen.

Seine Fraktion habe sich für einen Kandidaten entschieden und werde wählen.

Herr Bartl bat um Abstimmung zum ersten **Änderungsantrag**.

zu 5.11.1 gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE und der Fraktionsgemeinschaft FDP+Graue+WG Volkssolidarität zum TOP 5.11 zur Vorlage IV/2007/06687- Wahl der/des Beigeordneten für Wirtschafts- und Arbeitsförderung
Vorlage: IV/2007/06814

Beschlussvorschlag:

Die Vorlage IV/2007/06687 Wahl der/des Beigeordneten für Wirtschafts- und Arbeitsförderung wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

a b g e l e h n t

Herr Bartl informierte über folgende schriftliche Mitteilungen:

1. Information zum Stand der Erarbeitung zu einem Dachflächenkataster für Photovoltaikanlagen
 2. Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – zur Heizungsoptimierung in kommunalen Gebäuden
 3. Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – zur Umsetzung des beschlossenen Energiespar-Contracting-Modells in Halle (Saale)
-

Herr Misch, Fraktion der CDU, erklärte, er widerspreche Tonaufnahmen durch anwesende Medien.

Der **Vorsitzende des Stadtrates** bat die anwesenden Medien, dies zu beachten.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

Einwohnerfragestunde

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2007**
4. **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 19.09.2007 gefassten Beschlüsse**
5. **Vorlagen**
 - 5.1. *Konzept zum Abbau des Altdefizits*
Vorlage: IV/2007/06756 *vertagt*
 - 5.2. **Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Haushaltsjahr 2007 im Verwaltungshaushalt für die VVV**
Vorlage: IV/2007/06751
 - 5.3. *Vereinbarung zu strategischen Zielen*
Vorlage: IV/2007/06669 *vertagt*
 - 5.4. **Eröffnungsbilanz 2006 Eigenbetrieb Kindertagesstätten**
Vorlage: IV/2007/06685
 - 5.5. *Investitionsplanung nach Prioritäten für die Kindertagesstätten- und Schulbauförderung 2007 - 2013 der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: IV/2007/06391 *vertagt*
 - 5.6. **Programmkonzept und Kosten der Händel-Festspiele vom 05. bis zum 15. Juni 2008 in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06623
 - 5.7. **Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2005/2006 Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle**
Vorlage: IV/2007/06586
 - 5.8. **Feststellung Jahresabschluss 2006 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH**
Vorlage: IV/2007/06680
 - 5.9. **Vergabe von sieben Straßennamen und Änderung der Straßenführung von vier Straßen**
Vorlage: IV/2007/06658
 - 5.10. **Wahlbekanntmachung Beigeordnete/r für Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit**
Vorlage: IV/2007/06764

- 5.11. **Wahl der/des Beigeordneten für Wirtschafts- und Arbeitsförderung**
Vorlage: IV/2007/06687
- 5.11.1. **Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE und der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität zum TOP 5.11 zur Vorlage IV/2007/06687 - Wahl der /des Beigeordneten für Wirtschafts- und Arbeitsförderung**
Vorlage: IV/2007/06817 *wurde während der Sitzung gestellt*
6. **Wiedervorlage**
- 6.1. **Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil, CDU, zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring**
Vorlage: IV/2007/06282
- 6.1.1. **Änderungsantrag zum Antrag von Stadtrat El-Khalil vom 28.2.2007 zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring**
Vorlage: IV/2007/06636
7. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
- 7.1. **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Hauptausschuss**
Vorlage: IV/2007/06771
- 7.2. **Antrag der Fraktionen DIE LINKE., WIR.FÜR HALLE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-MitBürger, CDU sowie NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE im Stadtrat Halle - zur Nutzung und Gestaltung des Marktplatzes in Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06775
- 7.3. **Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - zur Änderung der BV IV/2007/06463 Grundsatzbeschluss Ausbau/Umgestaltung des Steinweges zwischen Franckeplatz und Rannischem Platz**
Vorlage: IV/2007/06769
- 7.4. **Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - zur Änderung der BV IV/2007/06243 Grundsatzbeschluss Ausbau Delitzscher Straße zwischen Güterbahnhof und Büschdorf incl. der Straßenbahnstrecke (3. HA Halle-Neustadt-Riebeckplatz-Büschdorf)**
Vorlage: IV/2007/06770
- 7.5. **Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - Prüfauftrag zur Gebührenfreiheit bei Straßenfesten**
Vorlage: IV/2007/06779
8. **Anfragen von Stadträten**
- 8.1. **Anfrage des Stadtrates Mathias Weiland - Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Zur Trinkwasserversorgung der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06668

- 8.2. **Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Umsetzung des Beschlusses zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale) vom 28.03.2007
Vorlage: IV/2007/06773**
- 8.3. **Anfrage der CDU-Fraktion zum Projekt "Neustädter Gärten"
Vorlage: IV/2007/06767**
- 8.4. **Anfrage der CDU-Fraktion zu den Mehrausgaben in 2008 als Betriebskostenzuschuss an die HAVAG
Vorlage: IV/2007/06768**
- 8.5. **Anfrage der CDU-Fraktion zum Stand der Arbeiten am Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8, ICE Neu- bzw. Ausbaustrecke Nürnberg-Erfurt-Halle/Leipzig-Berlin
Vorlage: IV/2007/06777**
- 8.6. **Anfrage der CDU-Fraktion zum Wassersport bzw. -tourismus in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06776**
- 8.7. **Anfrage der CDU-Fraktion zum Stand der Vorbereitungen für den Bau des Saale-Seitenkanals Tornitz und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Hafen Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06778**
- 8.8. **Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zu Auswirkungen der Gebührenerhöhung für das Konservatorium "Georg Friedrich Händel" zum 1.1.2007
Vorlage: IV/2007/06772**
- 8.9. **Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zur Ausgliederung der Singschule
Vorlage: IV/2007/06774**
- 8.10. **Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Stand und zur Vergabepaxis von HzE-Leistungen
Vorlage: IV/2007/06780**
- 8.11. **Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zur Umsetzung des Fachkonzeptes Kinder, Jugend und Familie
Vorlage: IV/2007/06782**
- 8.12. **Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Themenkomplex Abfallgebühren in der Stadt Halle
Vorlage: IV/2007/06781**
- 9. **mündliche Anfragen von Stadträten**
- 10. **Anregungen**

- 11. Mitteilungen**
- 11.1. Bericht über die Lage der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale)**
Berichtersteller: Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06654
- 11.2. Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "38. Quartalsbericht Straßenbahnneubaumaßnahme Halle-Neustadt bis Riebeckplatz/Hauptbahnhof"**
Vorlage: IV/2007/06755
- 11.3. Jahresrechnung 2006 und Haushaltsplan 2008 der Oelhaf-Zeysesche Stiftung**
Vorlage: IV/2007/06762
- 11.4. Jahresrechnung 2006 und Haushaltsplan 2008 der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung**
Vorlage: IV/2007/06763
- 11.5. Information zum Stand der Erarbeitung zu einem Dachflächenkataster für Photovoltaikanlagen** Vorlage : IV/2007/06605
- 11.6. Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Heizungsoptimierung in kommunalen Gebäuden**
Vorlage: IV/2007/06709
- 11.7. Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Umsetzung des beschlossenen Energiespar-Contracting-Modells in Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06531
- 12. Anträge auf Akteneinsicht**

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2007

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 36. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.09.2007.

Die Mitglieder des Stadtrates genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 36. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 19.09.2007 in der vorliegenden Fassung.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 19.09.2007 gefassten Beschlüsse

zu 3.1 Grundsatzbeschluss zur Förderung der Ansiedlung der Diakonie am Standort Merseburger Straße 42/44
Vorlage: IV/2007/06699

Beschluss:

1. Der Stadtrat befürwortet und unterstützt die Bemühungen der HWG und der Stadtverwaltung zur Entwicklung des Standortes Merseburger Straße 49 zum Zweck zur Ansiedlung der Diakonie Mitteldeutschland.
 2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung die erforderlichen Mittel zur Förderung im Haushalt prioritär sicher zu stellen.
-

zu 3.2 Stundung Grundsteuer sowie Teilerlass und Stundung Erbbauzins
Vorlage: IV/2007/06686

Beschluss (in modifizierter Form):

Der Stadtrat beschließt

1. auf der Grundlage des § 222 der Abgabenordnung (AO)
 - a) die zinsfreie Stundung von 111.819,16 € Grundsteuern (anteilige Grundsteuern 1999 bis 2007) und Nebenforderungen bis zum 31.12.2017.
 - b) die Stundung von 10.315,98 € Grundsteuern (anteilige Steuern 1999 bis 30.06.06) und Nebenforderungen bis zum 31.12.2017 in Form einer gleichmäßigen Ratenstundung mit Zinszahlung gem. § 238 AO und
 - c) die eventuell anfallende Gewerbesteuer auf Grund des Sanierungsgewinnes zu erlassen (§ 227 AO).

2. auf der Grundlage der Verwaltungsvorschrift der Stadt Halle (Saale) über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen
 - a) den Erlass von 90 % der rückständigen Erbbauzinsen für den Zeitraum vom 01.09.2005 bis 30.06.2006 in Höhe von 24.334,83 € und
 - b) die Stundung von 10 % der rückständigen Erbbauzinsen für den Zeitraum vom 01.09.2005 bis 30.06.2006 in Höhe von 2.703,87 € bis zum 31.12.2017 in Form einer gleichmäßigen Ratenstundung mit Zinszahlung
 - c) die zinsfreie Stundung von 48.669,66 € Erbbauzinsen für den Zeitraum vom 01.07.2006 bis 31.12.2007 bis zum 31.12.2017.
-

zu 5 Vorlagen

**zu 5.2 Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Haushaltsjahr 2007 im Verwaltungshaushalt für die VVV
Vorlage: IV/2007/06751**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

die außerplanmäßige Ausgabe an die VVV zur Finanzierung der HAVAG in Höhe von 5,66 Mio. Euro in der Haushaltsstelle 1.8310.715000 (verdeckte Einlage an Holding). Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen in der Haushaltsstelle 1.8300.220000 (Konzessionsabgaben) in Höhe von 5,66 Mio. Euro.

**zu 5.4 Eröffnungsbilanz 2006 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: IV/2007/06685**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Eröffnungsbilanz 2006 für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten in vorliegender Fassung zu.

**zu 5.6 Programmkonzept und Kosten der Händel-Festspiele vom 05. bis zum 15. Juni 2008 in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06623**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt das Programmkonzept und den Kostenumfang der Händel-Festspiele 2008.

**zu 5.7 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2005/2006 Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater Halle
Vorlage: IV/2007/06586**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater für das Wirtschaftsjahr 2005 / 2006 und entlastet die Theaterleitung für das Wirtschaftsjahr 2005 / 2006.**
 - 2. Der Stadtrat beschließt, dass der Jahresverlust in Höhe von 131.502,94 € durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen wird.**
-

**zu 5.8 Feststellung Jahresabschluss 2006 der Mitteldeutscher
Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: IV/2007/06680**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies die Mitglieder des Stadtrates auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA hin.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS/DIE GRÜNEN – MitBürger, sagte, dass die Gesellschafterversammlung des MDV am 13.06.2007 die vom Jahr 2006 nicht verbrauchten Zuschüsse auf das Jahr 2007 verschoben habe. Hierfür wurden die Gründe im Finanzausschuss dargestellt. Im Anhang zur Vorlage hatte die BeteiligungsmanagementAnstalt (BMA) in einer Stellungnahme vom 13.08.2007 diese Beschlussfassung kritisiert bzw. die Empfehlung gegeben, die nicht verbrauchten Mittel an die Stadt zurückzuzahlen.

Er fragte, ob gegenüber den Gesellschaftervertretern der Stadt Halle der Vorschlag der BMA bekannt war und, ob die Empfehlung in die Gesellschafterversammlung mitgenommen werden konnte. Oder wurde erst nach der Gesellschafterversammlung die Position geäußert, so dass nicht mehr reagiert werden konnte?

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, dass ihm die Auffassung der BMA schon zur damaligen Gesellschafterversammlung bekannt war.

Bei der Übergabe der Unterlagen für die Sitzung waren diese Anmerkungen schon enthalten. Dennoch sollte so verfahren werden, wie im Finanzausschuss beraten.

Die Gelder aus dem Jahr 2006 sollen nach 2007 transportiert und somit im restlichen Jahr noch verwendet werden. Insofern handele es sich um einen unverhältnismäßigen Schritt. Das war der Grund, weshalb die Gesellschafterversammlung so votiert habe.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

(Herr Stadtrat Heft nahm gemäß § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung teil.)

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH vom 13.06.2007 zu folgendem Beschluss:

- 1. Der vom Geschäftsführer der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2006 wird in der von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG geprüften und am 30.04.2007 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.**

Das Jahresergebnis beträgt	0,00 €
Die Bilanzsumme beträgt	2.169.860,29 €

- 2. Der Geschäftsführung der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.**

3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH werden für das Geschäftsjahr 2006 entlastet.
-

zu 5.9 Vergabe von sieben Straßennamen und Änderung der
Straßenführung von vier Straßen
Vorlage: IV/2007/06658

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Folgende Neubenennungen und Änderungen von Straßennamen werden bestätigt:

1. im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 70.1 die Straßennamen *Geppiner Straße*, *Jeßnitzer Straße* und *Raguhner Straße* für die neuen Straßen
 2. im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 32.2 in Heide-Süd
 - die Straßennamen *Karl-Freiherr-von-Fritsch-Straße*, *Hermann-Knoblauch-Straße*, *Otto-Schlüter-Straße* und *Hermann-Burmeister-Straße* für die neuen Straßen
 - die veränderte Straßenführung der *Wilhelm-Schrader-Straße*
 - die Verkürzung der *Betty-Heimann-Straße*
 3. Grenzstraße für den neu gebauten Abschnitt
 4. Krienitzweg für das abgeschnittene Teilstück des Kanenaer Weges
-

zu 5.10 Wahlbekanntmachung Beigeordnete/r für Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit
Vorlage: IV/2007/06764

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte, dass der Ausschreibungstext den Fraktionen vorlag und es keine weiteren Anregungen gab.

Wenn der Vorlage heute zugestimmt werde, könne sofort ausgeschrieben und eine fristgerechte Entscheidung im Stadtrat getroffen werden.

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS/DIE GRÜNEN – MitBürger, fragte, ob geplant sei, das Dezernat mit den genannten Zuständigkeiten zu erhalten und welche Funktionen die gewählte Person zukünftig ausüben soll.

Seiner Meinung nach sollte zuerst die endgültige Dezernatsstruktur stehen und dann die entsprechende Person gesucht werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, in der Ausschreibung sei nur eine Rahmenstruktur aufgeführt. Umstrukturierungen in dem Geschäftsbereich seien deshalb jederzeit möglich.

Zurzeit liege der Schwerpunkt in den Bereichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit.

Im Hinblick auf den Umweltbereich sei für später eine Umstrukturierung vorgesehen. Dieser Bereich soll enger an den Bereich Planen und Bauen herangeführt werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Tag der Wahl für die/den Beigeordnete/n für Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit wird auf den 30.01.2008 festgelegt.

zu 5.11 Wahl der/des Beigeordneten für Wirtschafts- und Arbeitsförderung Vorlage: IV/2007/06687

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass nun der zweite Teil des Änderungsantrages der Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE und der Fraktionsgemeinschaft FDP+Graue+WG Volkssolidarität zur Beendigung des Verfahrens zur Wahl der / des Beigeordneten für Wirtschafts- und Arbeitsförderung und Feststellung eines nicht erfolgreichen Ausschreibungsverfahrens zur Abstimmung vorliege.

Wortmeldungen zum Änderungsantrag gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zum Änderungsantrag.

*zu 5.11.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE und der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität zum TOP 5.11 zur Vorlage IV/2007/06687 - Wahl der /des Beigeordneten für Wirtschafts- und Arbeitsförderung
Vorlage: IV/2007/06817*

Beschlussvorschlag:

Das Verfahren zur Wahl der / des Beigeordneten für Wirtschafts- und Arbeitsförderung wird damit beendet.

Es wird festgestellt, dass das Ausschreibungsverfahren nicht erfolgreich war.

Abstimmungsergebnis:

a b g e l e h n t

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Bartl** um Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 5.11.

Herr Misch, Fraktion der CDU, widersprach einer öffentlichen Wahl.

Herr Bartl bat **Frau Ruhl-Herpertz, amt. Fachbereichsleiterin Büro der Oberbürgermeisterin**, um Erläuterung des Wahlverfahrens.

Frau Ruhl-Herpertz zitierte aus dem § 54 Abs. 3 der GO LSA:

„Es kann offen gewählt werden, wenn kein Mitglied widerspricht.
Gewählt ist die Person für die die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gestimmt hat. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Im zweiten Wahlgang ist die Person gewählt, für die die meisten Stimmen abgegeben worden sind. Ergibt sich im zweiten Wahlgang Stimmengleichheit, so entscheidet das Los, das der Vorsitzende zu ziehen hat.“

Herr Bauersfeld, Fraktion der CDU, sei in diesem Fall wegen Mitwirkungsverbot nicht stimmberechtigt.

Zurzeit seien 46 stimmberechtigte Mitglieder Stadtrates anwesend.

Im ersten Wahlgang ist die Person gewählt, die die absolute Mehrheit der stimmberechtigten anwesenden Mitglieder auf sich vereinigen kann. Das wären für den ersten Wahlgang 24 Stimmen.

Im zweiten Wahlgang ist diejenige Person gewählt, die die relative Mehrheit aufzuweisen hat.

Auf den vorbereiteten Stimmzetteln stehen alle Bewerber.

Die **Mitglieder des Stadtrates** wurden namentlich aufgerufen und eine geheime Wahl durchgeführt.

Es erfolgte eine P A U S E von 10 Minuten.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab das Wahlergebnis für die Wahl des Beigeordneten des Geschäftsbereiches Wirtschafts- und Arbeitsförderung bekannt.

(Herr Stadtrat Bauersfeld nahm gemäß § 31 GO LSA (5) nicht an der Abstimmung teil.)

Abstimmungsergebnis:

per geheimer Wahl

**bei 46 stimmberechtigten Anwesenden
45 abgegebenen Stimmen
mit 27 Ja-Stimmen**

Beschluss:

Der Stadtrat wählt Herrn Hans-Wolfram Neumann zum Beigeordneten des Geschäftsbereiches Wirtschafts- und Arbeitsförderung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gratulierte **Herrn Hans-Wolfram Neumann** zur Wahl als Beigeordneter für Wirtschafts- und Arbeitsförderung.

Der Gratulation schlossen sich die Beigeordneten und Stadträte/innen an.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bat um Bekanntgabe der Stimmen, die auf die übrigen Kandidaten gefallen sind.

Herr Bartl teilte mit, dass diese Ergebnisse im Laufe der Sitzung mitgeteilt werden (siehe Seite 27).

Weitere Wortmeldungen gab es nicht

zu 6 Wiedervorlage

zu 6.1 Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil, CDU, zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06282

zu 6.1.1 Änderungsantrag zum Antrag von Stadtrat El-Khalil vom 28.2.2007 zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06636

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS/DIE GRÜNEN – MitBürger, sagte, dass dieser Beschluss in dieser Form heute nicht gefasst werden solle, da nicht klar sei, welche finanziellen Folgen dieser Beschluss für den Haushalt habe. Die Verwaltung habe eindeutig festgestellt, dass kein verkehrlicher Nutzen bestehe. Es sei eher zu erwarten, dass die Staus zunehmen und es ein höheres Risiko für Radfahrer und Fußgänger geben wird. Auch würde diese Verkehrsführung zu höheren Kosten führen.

Er kündigte die Prüfung des Beschlusses an, sofern Frau Oberbürgermeisterin Szabados diesen Beschluss in der jetzigen Haushaltssituation nicht beanstandete.

Herr Sänger, Fraktion der CDU, verwies darauf, dass die Mehrheit des Planungsausschusses dem Antrag zugestimmt habe. Er bat, dies gleichermaßen auch hier im Stadtrat zu tun.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, äußerte, dass diese jetzt vorliegende Form des Antrages die Verwaltung vor eine unerfüllbare Aufgabe stelle. Nachgewiesen werden musste, dass es nicht funktioniert, bestenfalls mit einer aufwändigen Erweiterung des Brückenquerschnittes und mit den daraus resultierenden Kosten, weil die dann notwendige Überquerung der Straßenbahngleise in zwei Richtungen eine Ampelanlage erfordert und damit die Leistungsfähigkeit dieses Knotens drastisch sinkt. Dieser Antrag wurde in mehreren Varianten und konkreten Vorschlägen von Seiten der Verwaltung im Planungsausschuss behandelt und negativ beurteilt. Somit ist dieser letzte Änderungsantrag entstanden, der sich nur noch auf den Zweirichtungsverkehr beschränkt. Nachdem die Verwaltung alle Lösungsmöglichkeiten diskutierte habe, sehe sie nun keine mehr. Neben den entstehenden Kosten sei der Rückgang der Leistungsfähigkeit ein Problem. Somit muss der objektive Tatbestand der Unerfüllbarkeit festgestellt werden.

Herr El-Khalil, Fraktion der CDU, betonte, dass die Unerfüllbarkeit gesehen wurde, als an dieser Stelle eine Baustelle war. Trotzdem erfolgte der Verkehr ohne Probleme in zwei Richtungen.

Er habe den Eindruck, dass der Zweirichtungsverkehr nicht gewollt sei. Ebenso sollte der CO₂-Ausstoß bedacht werden.

Er bat um Zustimmung zum Antrag.

Herr Dr. Eigenfeld, Fraktion der SPD, schloss sich den Worten von Herrn El-Khalil an. Die Verkehrsführung sollte ein Vorhaben für die Zukunft sein. Es sei deshalb notwendig, den Verkehr in zwei Richtungen fließen zu lassen. Der jetzige Zustand führe zu einem permanenten Stau.

Herr Weihrich bejahte, dass es durch den Beschluss zu einem erhöhten CO₂-Ausstoß kommen werde.

Die Leistungsfähigkeit des Knotens lasse nach und es käme zu Staus.
Andererseits ginge es um die Attraktivität des Radverkehrs. Hierbei entstehe kein CO₂.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, erläuterte, dass dieser Antrag Auswirkungen auf die Investitionsplanung der Stadt habe.

Deshalb stelle er im Namen seiner Fraktion den **Geschäftsordnungsantrag**, den Antrag in den Finanzausschuss zu verweisen.

Dem Finanzausschuss sollen alle bisher im Planungsausschuss diskutierten Varianten vorgelegt werden, einschließlich der Auswirkungen für den Haushalt.

Herr El-Khalil zog seinen Änderungsantrag zurück, da man sich auf den eigentlichen Antrag konzentrieren solle.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, warf ein, dass der Finanzausschuss schon eher auf die verwiesenen Anträge hätte reagieren müssen. Zuerst sollte eine schnelle Entscheidungslösung getroffen werden und jetzt habe man noch viel Zeit zur Realisierung.

Er bat Herrn Dr. Pohlack, sich dazu zu äußern.

Herr Dr. Pohlack erinnerte daran, dass sich der Planungsausschuss mehrfach mit allen denkbaren Varianten auseinandergesetzt habe. Es wurden Zahlen und Fakten vorgelegt, aus denen die Verschlechterung der Leistungsfähigkeit ersichtlich war.

Es geht um die notwendigen Mehrkosten, nicht um die Summe, die für die Brückensanierung ohnehin gebraucht worden wäre. Hierzu waren Fördermittel vorhanden. Um diese vorgabengerecht zu verwenden, wurde auf einen eiligen Beschluss gedrungen.

Nachdem die Diskussion ein halbes Jahr gedauert habe, musste erkannt werden, dass der Beschluss für die sparsame Variante nicht rechtzeitig zustande kommt. Die auskragenden Brückenteile wurden inzwischen massiv unterstützt, so dass von der statischen Seite jetzt durchaus gewartet werden könne, bis ein Beschluss gefasst wird.

Die einzige denkbare Lösungsmöglichkeit, wenn dieser Gegenverkehr eingerichtet wird, laufe auf eine ampelsignalisierte Kreuzung über die Straßenbahntrasse in zwei Richtungen hinaus. Das bedeute u. a., dass der Brückenquerschnitt der Klausbrücke erheblich gegenüber dem jetzigen Querschnitt erweitert werden muss. Das sind die genannten Mehrkosten von zunächst 1,2 Mio. Euro gegenüber der ursprünglichen Sanierungsvariante.

Er bat sich zu verdeutlichen: Wenn sich an dieser Stelle in zwei Richtungen der Straßenverkehr mit der Straßenbahn kreuzt, gibt es Schwierigkeiten, diese Ampel zeitlich zu koordinieren.

Entweder müsste der Planbahnverkehr entgegen dem „Beschleunigungsprogramm“ erhebliche Wartezeiten in Kauf nehmen oder der individuelle Fahrzeugstrom wird permanent durch die Straßenbahnen unterbrochen, was durch die notwendigen Umlaufzeiten der Ampel die Leistungsfähigkeit des Knotens drastisch reduziert und damit Rückstau produziert.

Herr Sängler stellte im Namen seiner Fraktion den **Geschäftsordnungsantrag**, den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten zu verweisen, da nach den Ausführungen von Herrn Dr. Pohlack weiterer Diskussionsbedarf bestehe.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, stellte den **Geschäftsordnungsantrag** auf eine **A u s z e i t von 5 Minuten**.

Der Auszeit wurde stattgegeben.

Herr Bartl informierte vor Beginn der weiteren Diskussion zum TOP 6.1 über das genaue **Abstimmungsergebnis zur Wahl des Beigeordneten für Wirtschafts- und Arbeitsförderung:**

5 Stimmen Herr Bauersfeld
1 Stimme Herr Hantusch
27 Stimmen Herr Neumann
1 Stimme Herr Preibisch
1 Stimme Frau Schieweck
10 ungültige Stimmen

Herr Bönisch erklärte sich im Namen seiner Fraktion mit der Verweisung des Tagesordnungspunktes 6.1 in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten sowie den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften einverstanden, machte aber die Zustimmung zur Verweisung in den Finanzausschuss davon abhängig, dass eine Überweisung in den Planungsausschuss erfolgt, um dort die Voraussetzungen für die Verhandlung im Finanzausschuss zu prüfen. Die Reihenfolge der Abstimmung sei egal.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS/DIE GRÜNEN – MitBürger, sprach sich gegen die Verweisung aus und bat um Abstimmung zum Antrag.

Herr Prof. Schuh sprach sich im Namen seiner Fraktion für die Verweisungen aus.

Herr Bartl bat um Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag zur Verweisung.

TOP 6.1. Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil, CDU, zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06282

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die jetzige „provisorische“ Verkehrsführung als Dauerlösung zu belassen sowie die Einmündung des Robert-Franz-Rings in die Mansfelderstraße entsprechend zu gestalten. Fahrzeuge aus dem Norden, die in Richtung Neustadt wollen, fahren die Ankerstraße und Schwemme in Richtung Hochstraße. Andere Verkehrsteilnehmer fahren bis zur Klausbrücke dann links in Richtung Hallmarkt.

Der Antrag wurde durch den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der CDU und Fraktion DIE LINKE in den

- Ausschuss für Planungsangelegenheiten**
- Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

v e r w i e s e n .

**zu 6.1.1 Änderungsantrag zum Antrag von Stadtrat El-Khalil vom 28.2.2007 zur
Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06636**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. *Der Robert-Franz-Ring wird zwischen Ankerstr. und Mansfelder Str. in beide Richtungen befahrbar.*
2. *Die Ankerstr. vom Robert-Franz-Ring in Richtung Mansfelder Str. wird vom Robert-Franz-Ring bis zum Hotel Ankerhof Einbahnstraße.*
3. *Die Ankerstr. wird von der Mansfelder Str. bis Hotel Ankerhof in beide Richtungen befahrbar.*
4. *Das Linksabbiegen aus dem Robert-Franz-Ring in die Ankerstr. aus Richtung Mansfelder Str. kommend wird unterbunden.*
5. *Die Mansfelder Str. wird vom Robert-Franz-Ring in westliche Richtung Einbahnstraße.*
6. *Die Einmündung Robert-Franz-Ring/Mansfelder Str. wird signalisiert (Die Aufstellfläche im Robert-Franz-Ring wird so weit zurückverlegt, dass die Schleppkurve für LKW und Busse verbessert wird).*
7. *Im Robert-Franz-Ring aus Norden kommend wird vor der Ankerstr. eine Beschilderung errichtet, die den Verkehr in Richtung Halle-Neustadt und Garage Spitze nach rechts ausweist und den Verkehr in die Innenstadt geradeaus.*

Abstimmungsergebnis:

zurückgezogen

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Umbesetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Hauptausschuss
Vorlage: IV/2007/06771**

Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Herr Mathias Weiland scheidet aus dem Ausschuss für Personal- und allgemeine Angelegenheiten, einschließlich Funktional-, Verwaltungs- und Strukturreform (Hauptausschuss) aus.

Der Stadtrat entsendet Herrn Tom Wolter in den Ausschuss für Personal- und allgemeine Angelegenheiten, einschließlich Funktional-, Verwaltungs- und Strukturreform (Hauptausschuss).

**zu 7.2 Antrag der Fraktionen DIE LINKE., WIR.FÜR HALLE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-MitBürger, CDU sowie NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE im Stadtrat Halle - zur Nutzung und Gestaltung des Marktplatzes in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06775**

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE, äußerte, dass eine umfassende Darstellung erfolgte und die Marktgestaltung im Komplex betrachtet werden sollte. Kritisch sprach er die nicht vorhandene Bepflanzung des Marktplatzes und die Prägung des Marktplatzes durch Marktstände an.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit der Beschluss (III/2003/03855) zur Umgestaltung des Marktplatzes in seiner Komplexität umgesetzt wurde. Dies betrifft insbesondere die Themenkomplexe Grünelemente; Illumination/Beleuchtung, Durchsetzung der Marktordnung der Stadt Halle (Saale) (IV/2005/04832), Nutzung des Marktes als Bühne für Kultur und Politik, Möblierung, Freiluftgastronomie.

**zu 7.3 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - zur Änderung der BV IV/2007/06463 Grundsatzbeschluss Ausbau/Umgestaltung des Steinweges zwischen Franckeplatz und Rannischem Platz
Vorlage: IV/2007/06769**

Herr Bauersfeld, Fraktion der CDU, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt folgende Änderungen der Vorplanung für den Ausbau/die Umgestaltung des Steinweges zwischen Franckeplatz und Rannischem Platz als Grundlage für die weitere Planung:

- 1. Die Versorgungsunternehmen HWA und EVH prüfen den Zustand der Ver- und Entsorgungsleitungen und der Kanalisation und führen notwendige Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Ausbaus der Straße durch.*
- 2. Die Standspur wird als durchgehende, nicht durch Parkbuchten eingeschränkte Fahrbahn ausgeführt.*
- 3. Die Schwetschkestraße wird zum Steinweg für ein- und ausfahrenden Verkehr geöffnet.*

Der Antrag wurde durch den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der CDU in den

- Ausschuss für Planungsangelegenheiten

v e r w i e s e n .

**zu 7.4 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - zur Änderung der BV IV/2007/06243 Grundsatzbeschluss Ausbau Delitzscher Straße zwischen Güterbahnhof und Büschdorf incl. der Straßenbahnstrecke (3. HA Halle-Neustadt-Riebeckplatz-Büschdorf)
Vorlage: IV/2007/06770**

Herr Bauersfeld, Fraktion der CDU, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt folgende Änderungen der Vorplanung für den Ausbau der Delitzscher Straße zwischen Güterbahnhof und Büschdorf inklusive der Straßenbahnstrecke (3. HA Halle-Neustadt-Riebeckplatz-Büschdorf) als Grundlage für die weitere Planung:

- 1. Die Versorgungsunternehmen HWA und EVH prüfen den Zustand der Ver- und Entsorgungsleitungen und der Kanalisation und führen notwendige Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Ausbaus der Straße durch.*
- 2. Die Straßenbahnstrecke in der Delitzscher Straße wird nur bis zum Knoten 10, Haupterschließungsstraße Gewerbegebiet Halle-Ost ausgebaut. Die Endhaltestelle mit Übergang zum anschließenden Busverkehr wird auf dem Gelände der jetzigen Wendeschleife angelegt.*
- 3. Der besondere Bahnkörper der Straßenbahntrasse wird niveaugleich mit den Fahrspuren der Straße ausgeführt.*
- 4. Die Delitzscher Straße wird im Bereich der Eisenbahnunterführung (RQ2 zwischen Zufahrt Güterbahnhof und Landsberger Straße) so ausgebaut, dass keine Höhenbeschränkungen für LKW nötig sind.*
- 5. Die Straßenbahntrasse wird aus der Mitte der Straße auf die jetzige Fahrspur gelegt. Die Reihenfolge der Spuren von Straßenmitte nach außen ist dann Fahrspur für den Kfz-Verkehr, Straßenbahntrasse, Standspur, Fahrradweg, Gehweg. Die Straßenbahnhaltestellen werden in die Standspur integriert.*

Für den Abschnitt zwischen Knoten 10 und Büschdorf werden folgende Änderungen beschlossen:

- 1. Die Zusammenführung der beiden Straßenbahnspuren zu einer Straßenbahntrasse erfolgt westlich des Knotens 10.*
 - 2. Die Rechtsabbiegerspur östlich des Knotens 10 von der Delitzscher Straße in die Haupterschließungsstraße Gewerbegebiet Halle-Ost wird weggelassen.*
 - 3. Die Straßenbahntrasse wird auf die nördliche Fahrspur gelegt. Reihenfolge der Spuren von Nord nach Süd im Bereich westlich des Knotens 10 (RQ7) Gehweg, Fahrradweg, Standspur, Straßenbahntrasse, zwei Fahrspuren, Fahrradweg Gehweg.*
 - 4. Die beiden Haltestellen westlich des Knotens 10 werden durch eine Haltestelle gegenüber dem geplanten Einkaufsmarkt westlich der Wilhelm-Troll-Straße ersetzt.*
 - 5. Die beiden übrigen Haltestellen werden durch eine Haltestelle im Bereich RQ10 zusammengefasst.*
-

Der Antrag wurde durch den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der CDU in den
- Ausschuss für Planungsangelegenheiten

verwiesen.

zu 7.5 **Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM +
UNABHÄNGIGE - Prüfauftrag zur Gebührenfreiheit bei Straßenfesten
Vorlage: IV/2007/06779**

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, begründete den Antrag ihrer Fraktion.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen,

- 1. ob die Genehmigungsgebühr für Straßenfeste vollständig bzw. teilweise erlassen werden kann, entweder als Einzelfallregelung oder als Allgemeinregelung bzw. ob auf diese Gebühr generell verzichtet werden kann**

und

- 2. ob die Haftpflichtversicherungen für alle Straßenfeste durch die Stadtverwaltung abgeschlossen werden können.**
-

zu 8 Anfragen von Stadträten

zu 8.1 Anfrage des Stadtrates Mathias Weiland - Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Zur Trinkwasserversorgung der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2007/06668

In einem Artikel der Mitteldeutschen Zeitung vom 20. Juli. 2007 im Lokalteil „Saalekurier“ wird die voraussichtliche Stilllegung des Wasserwerkes Halle-Beesen der HWA GmbH angekündigt.

Ich frage die Stadtverwaltung:

3. In der Antwort auf eine Anfrage von mir an die Stadtverwaltung vom 21.02.2001 (III/2001/01257) ist in Fettdruck ausgeführt: *“Ausgehend von diesen Fakten, ist von der HWA GmbH nicht beabsichtigt, das Wasserwerk Beesen stillzulegen!”*. Wie erklärt sich der Sinneswandel der HWA in dem für eine Investition wie ein Wasserwerk sehr kurzfristigen Zeitraum von ca. sechs Jahren?
4. Wie hat sich der Wasserverbrauch in der Stadt Halle seit 1990 (Angabe in Jahresmengen) entwickelt und in welcher Größenordnung lag der Anteil des Wasserwerkes Beesen an der Deckung des Verbrauches (Angabe ebenfalls in Jahresmengen)?
5. Welche finanziellen Belastungen kommen auf die Stadt Halle bzw. von ihr beherrschten Unternehmen wie die Stadtwerke oder deren Tochtergesellschaften durch die Stilllegung des Wasserwerkes Halle-Beesen zu?
6. Ist nach dem Jahr 2008 mit einem Sinken oder mindestens mit der Stabilität des Preises für Trinkwasser für die Einwohner der Stadt Halle zu rechnen?
7. Welche Höhe hat der Abgabepreis, den die HWA für den Bezug eines Kubikmeters Fernwasser aufwenden muss?
8. Ergeben sich bei Stilllegung des Wasserwerkes Halle-Beesen für die Stadt Halle unmittelbare oder mittelbare Verpflichtungen zur Rückzahlung von Fördermitteln?
9. Welche Kreditverpflichtungen, die zum Neubau des Wasserwerkes Halle-Beesen eingegangen wurden, sind in welcher Höhe und mit welcher Laufzeit weiterhin zu bedienen?
10. Wie wird die Versorgungssicherheit mit Fernwasser für die Stadt Halle beurteilt und über wie viel Stränge und in welchen Mengen ist eine Versorgung derzeit technisch möglich?
11. Welche Kosten entstehen für das Vorhalten des Wasserwerkes Halle-Beesen als Reserve für Havariefälle und wer trägt diese Kosten?

gez. Mathias Weiland
Stadtrat Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Antwort der Verwaltung:

Die HWA GmbH hat in einer aktuellen Trinkwasserzielplanung für das Versorgungsgebiet Halle eine langfristige Wasserbedarfsprognose erstellt und diese durch technische, wirtschaftliche und versorgungsstrategische Untersuchungen zur Bedarfsdeckung untersetzt.

Im Ergebnis erfolgte eine Neubewertung der Versorgungssituation.

Als eine mögliche Option wird hier die „In-Reserve-Stellung“ des WW Halle-Beesen mit einer kurzfristigen versorgungswirksamen Inbetriebnahme bei einer Kapazität von 25 – 30 Tm³/d aufgeführt.

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wird in seiner Sitzung im Oktober 2007 entscheiden, welche versorgungsstrategische Option die Grundlage der Trinkwasserversorgung in den nächsten Jahren bilden wird.

Erst nach Entscheidung des Aufsichtsrates ist eine Beantwortung der Fragen des Stadtrates Mathias Weiland möglich. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass einzelne Anfragenbestandteile in die ausschließliche Zuständigkeit des Aufsichtsrates fallen. Bei der abschließenden Beantwortung der Anfrage wird im konkreten Falle darauf hingewiesen.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.2 Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur
Umsetzung des Beschlusses zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle
(Saale) vom 28.03.2007
Vorlage: IV/2007/06773**

In der Sitzung des Stadtrates vom 28.03.2007 wurde auf die Anträge IV/2006/05997 und IV/2007/06023 hin der folgende Beschluss gefasst:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die in der Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) beschriebenen „Radrouten mit Priorität“ sowie die Zieltrasse des Saale-Radwanderweges (Hauptroute) eine Übersicht über die notwendigen Investitionsmaßnahmen zuzüglich laufender Instandsetzungskosten zur Gewährleistung von sicheren verkehrlichen Bedingungen für den täglichen Radverkehr zu erstellen. In einer solchen Übersicht sollen die zu realisierenden Maßnahmen prioritär gewichtet und Kostenschätzungen einschließlich der zur Verfügung stehenden Fördermittel angegeben werden.*
- 2. Zukünftig ist bei allen Straßenbauvorhaben die Radverkehrsfreundlichkeit der jeweiligen Maßnahme zu prüfen. Dem Stadtrat ist in diesen Fällen eine entsprechende Stellungnahme des Radverkehrsbeauftragten der Stadt vorzulegen. Einmal jährlich wird im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben über den erreichten Stand der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes aus dem Jahr 1995 berichtet.*
- 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen finanziellen Rahmenbedingungen und mit welchen strategischen Partnern eine kommunale Marketingkampagne „Halle fährt Rad“ durchgeführt werden kann.*

Hinsichtlich der Umsetzung der beschlossenen Aktivitäten frage ich:

- 1. Wann wird die in Beschlusspunkt 1 genannte Übersicht vorgelegt? Welche Maßnahmen werden von der Stadtverwaltung für eine Realisierung im Haushaltsjahr 2008 und in den Folgejahren vorgeschlagen?**

2. Wann ist der jährliche Bericht zum Stand der Umsetzung der Radverkehrskonzeption im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben im Jahr 2007 vorgesehen?
3. Wurde die unter Beschlusspunkt 3 beschriebene Prüfung durchgeführt? Wann werden die Ergebnisse der Prüfung vorgestellt?

gez. Dietmar Wehrich
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antwort der Verwaltung:

Zu 1. Die Stadtverwaltung hat einen Entwurf der im Beschlusspunkt 1 genannten Übersicht erarbeitet. Dieser befindet sich derzeit in der stadtverwaltungsinternen Abstimmung. Ziel ist es, die Übersicht in einen der nächsten Beratungen des Planungsausschusses vorzulegen.

Im Entwurf des Haushaltsplanes 2008 und in der Haushaltsplanung für die Folgejahre sind pauschal folgende Mittel für Geh- und Radwege vorgesehen:

2008:	175 T€
2009:	500 T€
2010:	500 T€
2011:	500 T€

Darüber hinaus sind bei allen anderen Verkehrsbauten und verkehrsorganisatorischen Maßnahmen die Interessen der Radfahrer im Rahmen der Möglichkeiten auf Grundlage der geltenden Regelwerke berücksichtigt. Eine detaillierte Auflistung werden wir zu o. g. Planungsausschuss mit vorlegen.

Zu 2: Der Bericht für das Jahr 2007 wird im 1. Quartal 2008 vorgelegt.

Zu 3. Die Ergebnisse werden im Planungsausschuss bis Ende des Jahres vorgestellt.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, bat, die Aussagen im Planungsausschuss vorzustellen.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Anfrage der CDU-Fraktion zum Projekt "Neustädter Gärten"
Vorlage: IV/2007/06767

Im August 2004 plante der Kultur/Block e.V. am Niedersachsenplatz das LOS-Projekt „Neustädter Gärten“ umzusetzen.

Die CDU-Fraktion fragt:

- 1. Wurde dieses Projekt mit öffentlichen Mitteln gefördert?**
- 2. Welche Effekte wurden durch dieses Projekt erzielt?**

Bönisch
Fraktionsvorsitzender

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, war es unklar, warum keine Beantwortung erfolgte. Es handele sich doch um ein überschaubares Projekt.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt in der Sitzung im November.

zu 8.4 Anfrage der CDU-Fraktion zu den Mehrausgaben in 2008 als Betriebskostenzuschuss an die HAVAG
Vorlage: IV/2007/06768

In ihrer Rede zur Einbringung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 informierte die Oberbürgermeisterin darüber, dass gegenüber dem Jahr 2007 in 2008 zusätzlich 4,6 Mio. € für den Betriebskostenzuschuss an die HAVAG aufgebracht werden müssen.

Die CDU-Fraktion fragt daher:

- 1. Wie lässt sich dieser Umstand mit den im Nahverkehrsplan und Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag getroffenen Vereinbarungen zwischen Stadt, VVV und HAVAG, welchen der Stadtrat am 28.03.2007 zustimmte, vereinbaren?**
- 2. Welche Konsequenzen gedenkt die Stadtverwaltung zu ziehen?**
- 3. Ist aus Sicht der Stadtverwaltung die Senkung des städtischen Anteils am Betriebskostenzuschusses bis zum Jahr 2009 auf 0 € unter diesen Umständen überhaupt als realistisch anzusehen?**

Bönisch
Fraktionsvorsitzender

Antwort der Verwaltung:

- Zu 1. Die Vereinbarung der Stadt Halle (Saale), VVV und HAVAG legt in allen Dokumenten die Finanzierung für ein Jahr fest. Auf Antrag der Stadträte und durch die Stadtratssitzung bestätigt, muss eine jährliche Bestätigung der Kostenteilung erfolgen. Zurzeit gibt es keinen gültigen Beschluss über die Zusammensetzung der Betriebskostenzuschüsse für das Jahr 2008. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung für die Finanzierung der HAVAG ist zurzeit in der politischen Beratung und soll im November dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden.
- Zu 2. Die Stadtverwaltung hat in ihrem Entwurf des Haushaltsplanes 2008 auf diese Probleme, die aus dem negativen Betriebsergebnis des Stadtwerke-Konzerns resultieren, reagiert und die zusätzlichen Kosten (4,5 Mio. €), die auf den städtischen Haushalt zukommen, eingestellt.
- Zu 3. Die Stadtverwaltung geht in ihren Planungen davon aus, dass innerhalb des Stadtwerke-Konzerns wieder 9 Mio. € Gewinnabführung an die VVV erwirtschaftet werden (2008: 5,962 Mio. €). Hinzu kommt 2009 der Wegfall der Zahlungen für den Betriebshof „Rosengarten“ i. H. v. 3,1 Mio. € als Haushaltskonsolidierungsmaßnahme.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.5 Anfrage der CDU-Fraktion zum Stand der Arbeiten am Verkehrsprojekt
Deutsche Einheit Nr. 8, ICE Neu- bzw. Ausbaustrecke Nürnberg-Erfurt-
Halle/Leipzig-Berlin
Vorlage: IV/2007/06777**

Der Anschluss der Stadt Halle an das ICE-Netz ist von großer Bedeutung für die Aufwertung der Verkehrsinfrastruktur und damit auch für die Entwicklungschancen der Stadt. Für die Neu- bzw. Ausbaustrecke Nürnberg - Erfurt – Halle/Leipzig – Berlin, Verkehrsprojekte Deutsche Einheit Schiene Nr.8, liegt Baurecht für alle Bauabschnitte vor.

Zum Stand der Dinge bittet die Stadtratsfraktion der CDU um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Ist die nördliche Ausfahrt aus dem Hauptbahnhof Halle in Richtung Berlin für den ICE- Betrieb fertig gestellt?**
- 2. Wird die bereits fertig gestellte Ausbaustrecke von Halle nach Berlin bereits jetzt allen Anforderungen an eine Hochgeschwindigkeitstrasse gerecht?**
- 3. Wann wird das notwendige Elektronische Stellwerk (EStw) für den Bahnknoten Halle fertig gestellt sein?**
- 4. Wann wird die südliche Ausfahrt, aus dem Hauptbahnhof Halle über Bahnhof Halle-Ammendorf, die sich zurzeit im Bau befindet, fertig gestellt sein?**
- 5. Welcher Zeitraum ist für die Gesamtfertigstellung des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Schiene Nr.8 geplant?**

gez. Bernhard Bönisch
Fraktionsvorsitzender

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, machte deutlich, dass die Anfragen auf Informationen basieren, welche die Realisierung dieses Projektes durchaus als gefährdet erscheinen lassen.

Seine Fraktion wolle klare Erkenntnisse zur Situation erreichen. Er wolle der Verwaltung mit auf den Weg geben, dass bei den Recherchen deutlich werde, dass die Umsetzung Wille der Stadt sei und seine Fraktion darauf bestehe, die Umsetzung dieses Projektes planmäßig zu realisieren.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt in der Sitzung im November.

**zu 8.6 Anfrage der CDU-Fraktion zum Wassersport bzw. -tourismus in Halle
(Saale)
Vorlage: IV/2007/06776**

Die Saale ist ein schiffbares Gewässer, das sich bekanntlich auch für den Freizeitsport eignet. Hinderlich für die Umsetzung dieses Potenzials erscheint uns aber, dass es – soweit uns bekannt – keine Möglichkeiten gibt, ein Boot zentrums- bzw. wohnortnah zu Wasser zu lassen.

Deshalb fragen wir:

Welche Möglichkeiten gibt es im Stadtgebiet von Halle, insbesondere in der Nähe großer Wohnsiedlungen, legal und kostenlos ein Kajak, Kanu oder Ruderboot in die Saale einzulassen?

gez. Bönisch
Fraktionsvorsitzender

Antwort der Verwaltung:

Im Bereich des Stadtgebiets der Stadt Halle (Saale) gibt es keine öffentlichen Liegeplätze oder Bootsstege, um Sportboote zu Wasser zu lassen.

Die Nutzung von Bootsstegen ist nur in Kooperation mit Sportvereinen möglich. Ergänzend sei erwähnt, dass die Sportstätten an die Vereine verpachtet sind und insofern für die Stadt Halle (Saale) nur eine begrenzte Zugriffsmöglichkeit besteht.

Der GB III greift die Anfrage als Anregung auf und wird in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsbereich II (FB 61 und 67) prüfen, in wie weit derartige Möglichkeiten eingerichtet werden können.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, war erfreut über die positive Aufnahme der Anregungen. Er hoffe, dass es eine Lösung gibt.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.7 Anfrage der CDU-Fraktion zum Stand der Vorbereitungen für den Bau des Saale-Seitenkanals Tornitz und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Hafen Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06778

Mit der Aufnahme der Saale in den vordringlichen Bedarf des aktuellen Bundesverkehrswegeplanes hatte die Bundesregierung eine gründliche Prüfung des Vorhabens durch unabhängige Gutachter verlangt. Als Ergebnis der Voruntersuchung ist die Wirtschaftlichkeit und die Hochwasserneutralität nachgewiesen und festgestellt worden. Im November 2007 sollte wohl das Raumordnungsverfahren eröffnet werden.

Eine Presseäußerung des Parlamentarischen Staatssekretärs Kasparick im Sommer dieses Jahres ließ nun wieder Zweifel aufkommen.

Deshalb bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie ist der tatsächliche Stand der Dinge? Wird das Raumordnungsverfahren eröffnet werden?**
- 2. Wie kann die Stadt Halle ggf. die Umsetzung des Verfahrens und die Realisierung der Maßnahme Saale-Seitenkanal unterstützen?**
- 3. Wie viele Arbeitsplätze werden perspektivisch, bei wirtschaftlicher Binnenschifffahrt, nach Fertigstellung des Saale- Seitenkanals, im Hafen Halle entstehen?**
- 4. Wie wird die Stadt Halle zukünftig dieses Potential auch touristisch, als weichen Standortfaktor, nutzen können?**

gez. Bernhard Bönisch
Fraktionsvorsitzender

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im Monat November.

**zu 8.8 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zu Auswirkungen der
Gebührenerhöhung für das Konservatorium "Georg Friedrich Händel" zum
1.1.2007
Vorlage: IV/2007/06772**

Im September 2006 wurde eine „Erneuerung“ der Gebührensatzung für das Konservatorium „Georg Friedrich Händel“ beschlossen (Vorlagen-Nr. IV/2006/05776), die u. a. eine Gebührenerhöhung ab 1.1.2007 in zwei Stufen vorsieht, vorbehaltlich einer Prüfung der Auswirkung der ersten Anhebung.

Ich frage die Verwaltung:

- 1. Welche Auswirkungen dieser Anhebung zeichnen sich ab hinsichtlich:**
- 2. Fluktuation der Schüler (Abmeldungen/Warteliste)**
- 3. Verschiebungen der Nachfrage nach einzelnen Unterrichtsangeboten**
- 4. Veränderungen bei sozialen Aspekten (familiäre Situation – Kinderzahl)**
- 5. Gebührenerhöhung?**
- 6. Wie ist aktuell in Halle der prozentuale Anteil von Kindern, die ein Musikinstrument erlernen in der jeweiligen Altersgruppe – wie sind dazu die Vergleichszahlen im Bundesdurchschnitt?**

gez. Dr. Annegret Bergner
Stadträtin

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Nach Umsetzung der neuen Gebührensatzung für das Konservatorium „Georg Friedrich Händel“ (Vorlagen-Nr.: IV/2006/05776) wurde eine erhöhte Schülerfluktuation festgestellt, die eindeutig der Gebührenerhöhung zugeordnet werden kann.

Ca. 7% der Schüler beendeten ihr Ausbildungsverhältnis nach Umsetzung der Gebührensatzung zum 2. Schulhalbjahr (01.02.2007).

Weitere 2% der Schüler kündigten das 2. bzw. 3. Fach oder senkten ihre Ausbildungszeit von Einzelunterricht 45 Minuten auf 30 Minuten.

Die Warteliste schrumpfte in diesem Zeitraum von 565 (Stand 01.01.2007) auf derzeit 125 Schülerinnen und Schüler.

Die Außenstände der Unterrichtsgebühren stiegen seit Januar 2007 sprunghaft von 14.000 € auf 34.532 € an (Anlage1) und lassen sich wie folgt zuordnen;

Schuldnerstruktur

50,7% der Schüler stammen aus Familien mit 1 Kind

14,9% der Schüler stammen aus Familien mit 2 Kindern

18,2% der Schüler stammen aus Familien mit 3 Kindern

16,2% der Schüler stammen aus Familien mit 4 Kindern

Da die Gebühren quartalsweise eingezogen werden, kann die Aussage in diesem Punkt erst Ende Oktober/Anfang November aktualisiert werden.

Die Entwicklung der Unterrichtsgebühren wird in Anlage 2 beschrieben (2003: 682.492€ – 2008: voraussichtlich 880.000€).

zu 2.

In der Anlage 3 wird die Entwicklung der Altersstruktur von Musikschülerinnen und Musikschülern aller Musikschulen Sachsen-Anhalts beschrieben (Quelle Landesverband der Musikschulen Sachsen-Anhalt).

Anlage 4 gibt Auskunft über den prozentualen Anteil von Kindern in Halle, die in der jeweiligen Altersgruppe eine Musikschule besuchen.

Als Vergleich wurden auch hier die Zahlen vom Landesverband der Musikschulen Sachsen-Anhalt genommen.

Aus diesem Befund zieht die Verwaltung die Schlussfolgerung, dass ein Umsteuerungsprozess eingeleitet werden muss. Die musische Bildung – insbesondere diejenige von Kindern und Jugendlichen – ist ein Kernanliegen der Stadt Halle (Saale). Die Verwaltung wird deshalb die Gebührensatzung prüfen. Unter anderem soll die Möglichkeit geprüft werden, einkommensabhängige Gebühren einzuführen und dabei auch die jeweilige Anzahl der Kinder pro Haushalt zu berücksichtigen. Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit mit einer neuen Beschlussvorlage auf die Gremien des Stadtrats und auf diesen selbst zukommen.

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur und Bildung

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.9 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zur Ausgliederung der Singschule
Vorlage: IV/2007/06774**

Abweichend vom Stadtratsbeschluss zur Finanzierung der Singschule „als Teil des Konservatoriums“ (Vorlage – Nr. IV/2005/05045) ist in der Vorlage der Verwaltung (IV/2007/06659) eine Ausgliederung der Singschule aus dem Konservatorium „Georg Friedrich Händel“ und die Überführung in die Trägerschaft der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ e. V. vorgesehen. In der Begründung wird angeführt, dass dadurch eine Senkung der Kosten bei Erhalt der Qualität in der Förderung der musischen und sozialen Kompetenz der Kinder und Jugendlichen erreicht werden kann. Dazu soll ein Leistungsvertrag basierend auf dem Leistungskatalog der Singschule und einem Verzeichnis der Instrumente, die der Singschule teilweise überlassen werden, erarbeitet werden. Ein nachvollziehbarer Kostenplan wurde bisher nicht vorgelegt. Darüber hinaus bleiben folgende Fragen offen:

- 1. Wie ist die Personalüberleitung (insbesondere Stimmbildung) geregelt und gesichert?**
- 2. Wie gestaltet sich die weitere Zusammenarbeit zwischen Konservatorium und Singschule:**
 - a. **Gebührenabrechnung,**
 - b. **Umsetzung der „Geschwisterkind“-Regelung, Regelung für zusätzlichen Instrumentenunterricht,**
 - c. **Fachgruppenberatungen,**
 - d. **Vertretungen, Korrepetition,**
 - e. **Musikalische Früherziehung?**
- 3. Wie ordnet sich bei einer Ausgliederung die Singschule im bundes- und landesweiten Netzwerk der Musikschulen ein (z. B. Teilnahme an Wettbewerben „Jugend musiziert“ u. a.)?**
- 4. Ich frage die Verwaltung: Sind diese Aspekte bei der Bewertung von „Synergieeffekten“ mit einbezogen worden?**

gez. Dr. Annegret Bergner
Stadträtin

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, bat, die Entwicklung der Schülerzahlen der letzten Jahre in die noch ausstehende Beantwortung mit aufzunehmen.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im November.

**zu 8.10 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGE
- zum Stand und zur Vergabepraxis von HzE-Leistungen
Vorlage: IV/2007/06780**

In der letzten Sitzung des Stadtrates betonte Frau Szabados, dass sie die Heimplätze nicht auflösen wolle, sondern die präventiven Maßnahmen verstärken will. Da wir der Meinung sind, dass eine Heimeinweisung vermutlich die letzte Hilfe für Kinder und Jugendliche unserer Stadt ist, die angeboten wird, fragen wir für den Zeitraum 2000 - 2007 Folgendes:

1. **Wie viele Angebote der HzE wurden für diesen Zeitraum in der Stadt Halle wahrgenommen?**
2. **Welche ambulanten Hilfen wurden bzw. werden in unserer Stadt angeboten?**
 - a. **Wie viele Kinder und Jugendliche wurden bzw. werden in eine ambulante**
3. **Maßnahme (Beratungsstellen/Familienhilfen) verwiesen?**
 - a. **Wie viele von diesen Kindern und Jugendlichen konnten erfolgreich in ihre**
4. **Familien zurückkehren?**
 - a. **Wie viele von diesen Kinder und Jugendliche mussten eine teilstationäre bzw. stationäre Hilfe in Anspruch nehmen?**
5. **Welche teilstationären Hilfen wurden bzw. werden in der Stadt Halle angeboten?**
 - a. **Wie viele Kinder und Jugendliche haben in diesen Zeitraum eine teilstationäre Hilfe zugewiesen bekommen?**
 - b. **Wie viele von diesen Kindern und Jugendlichen konnten erfolgreich in ihre**
6. **Familien zurückkehren?**
 - a. **Wie viele von diesen Kinder und Jugendliche mussten eine stationäre Hilfe in**
7. **Anspruch nehmen?**
8. **Wie viele Kinder und Jugendliche waren bzw. sind außerhalb von der Stadt Halle in einer stationären Hilfe untergebracht?**
 - a. **In welchen Städten?**
 - b. **Welche Gründe gab es bzw. gibt es für eine Fremdunterbringung?**

Sabine Wolff
Stadträtin NEUES FORUM

Prof. Dr. Dieter Schuh
Stadtrat UNABHÄNGIGE

Antwort der Verwaltung:

Zum besseren Verständnis des Bereiches Hilfen zur Erziehung und der folgenden Tabellen (angefragt für den Zeitraum 2000 – 2007) wird angemerkt, dass

- gemäß § 1 SGB VIII jeder junge Mensch ein Recht hat auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- gemäß § 5 SGB VIII die Leistungsberechtigten das Recht haben, zwischen Einrichtungen und Diensten verschiedener Träger zu wählen und Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der Hilfe zu äußern

- gemäß § 27 SGB VIII ein Personensorgeberechtigter bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen Anspruch hat auf Hilfe (Hilfe zur Erziehung), wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist
- gemäß § 36 SGB VIII der Personensorgeberechtigte und das Kind oder der Jugendliche vor der Entscheidung über die Inanspruchnahme einer Hilfe und vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der Hilfe zu beraten und auf die möglichen Folgen für die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen hinzuweisen ist
- es unterschiedliche Hilfeformen gibt, die statistisch jeweils in ambulante, teilstationäre und stationäre Leistungsbereiche gegliedert werden

zu 1:

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	09/2007
Fallzahlen (Durchschnitt im Jahr)	992	1016	942	948	954	970	991	1008

zu 2:

Ambulante Hilfen sind vielseitig und individuell. Dazu zählen

- § 28 SGB Erziehungsberatung
- § 29 Soziale Gruppenarbeit
- § 30 Erziehungsbeistand/Betreuungshelfer
- § 31 Sozialpädagogische Familienhilfe

zu 2.1:

Fallzahlen (Durchschnitt im Jahr)	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	09/2007
ambulante Hilfen (ohne Statistik Erz.ber.st.)	269	299	267	261	274	296	322	332

zu 2.2:

Sinn der ambulanten Hilfeform ist, Kinder und Jugendliche in ihren Familien zu belassen und die gewählten Leistungen flexibel und individuell auf die jeweilige Familiensituation auszurichten.

Gemeinsam mit den in der Stadt Halle (Saale) tätigen freien Trägern (Leistungserbringer HzE) wurde für den Zeitraum 2001 – 2006 eine Statistik zur Erfassung von Hilfebeendigungen erarbeitet und geführt. Tabelle A stellt die Zahl der Hilfebeendigungen insgesamt dar.

Tabelle A Quelle: FB 51-HzE-Koordination (ohne Erziehungsberatungsstellen und Pflegschaften)

Hilfebeendigungen	2001	2002	2003	2004	2005	2006
ambulante Hilfen	177	149	153	197	164	204
teilstationäre Hilfen	33	28	21	29	39	34
stationäre Hilfen	176	201	189	186	139	144
gesamt	386	378	363	412	342	382

In Auswertung dieser umfangreichen Statistik (hier Zeitraum 2003 – 2006) und in Beantwortung der Anfragen ist festzustellen, dass

- ⇒ 545 ambulante Hilfen im Zeitraum bis zu 18 Monaten beendet werden konnten
- ⇒ davon 48% dieser Hilfen endeten, weil keine weitere Hilfe erforderlich war
- ⇒ weitere 18 % dieser ambulanten Hilfen mit einem Wechsel in eine andere Hilfeart endeten - **davon ca. 10% stationäre Hilfen**
50% andere ambulante Formen
40% teilstationäre Hilfen
- ⇒ 34% dieser Hilfen aus anderen Gründen (z. B.: Umzug, mangels Mitwirkung) endeten.

zu 2.3:

Führt die von allen am Hilfeplan Beteiligten gewählte Hilfeform und Hilfe nicht zur Zielerreichung, wird gemeinsam über die Einstellung der Hilfe oder einen Wechsel in eine andere Hilfeform beraten, um eine passgenaue Hilfe zu gewähren bzw. dem aktuellen und individuellen Hilfebedarf gerecht zu werden (hier unter Berücksichtigung von Leistungen, die gemäß §78 ff SGB VIII geeignet sowie ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sind).

zu 3:

Eine teilstationäre Hilfe wird ausschließlich in einer Tagesgruppe geleistet (gemäß § 32 SGB VIII). In der Stadt Halle (Saale) werden insgesamt 7 Tagesgruppen mit einer Kapazität von insgesamt 62 Plätzen vorgehalten.

zu 3.1:

Fallzahlen (Durchschnitt im Jahr)	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	09/2007
teilstationäre Hilfen	57	53	51	57	55	55	57	52

zu 3.2:

Hilfe zur Erziehung in einer Tagesgruppe gemäß § 32 SGB VIII soll die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen durch soziales Lernen in der Gruppe, Begleitung der schulischen Förderung und Elternarbeit unterstützen und dadurch den Verbleib in seiner Familie sichern.

Gemeinsam mit den in der Stadt Halle (Saale) tätigen freien Trägern (Leistungserbringer HzE) wurde für den Zeitraum 2001 – 2006 eine Statistik zur Erfassung von Hilfebeendigungen erarbeitet und geführt. Tabelle A stellt die Zahl der Hilfebeendigungen insgesamt dar.

Tabelle A Quelle: FB 51-HzE-Koordination (ohne Erziehungsberatungsstellen und Pflegeschäften)

Hilfebeendigungen	2001	2002	2003	2004	2005	2006
ambulante Hilfen	177	149	153	197	164	204
teilstationäre Hilfen	33	28	21	29	39	34
stationäre Hilfen	176	201	189	186	139	144
gesamt	386	378	363	412	342	382

In Auswertung dieser umfangreichen Statistik (hier Zeitraum 2003 – 2006) und in Beantwortung der Anfragen ist festzustellen, dass

- ⇒ 64 teilstationäre Hilfen im Zeitraum bis zu 18 Monaten beendet wurden
- ⇒ davon 14% dieser Hilfen endeten, weil keine weitere Hilfe erforderlich war
- ⇒ weitere 50 % dieser teilstationären Hilfen mit einem Wechsel in eine andere Hilfeart endeten – **davon 50% stationäre HzE**
50% andere ambulante Hilfen
- ⇒ 36% dieser Hilfen aus anderen Gründen (z. B.: Umzug, mangels Mitwirkung) endeten.

zu 3.3:

Führt die von allen am Hilfeplan Beteiligten gewählte Hilfeform und Hilfe nicht zur Zielerreichung, wird gemeinsam über die Einstellung der Hilfe oder einen Wechsel in eine andere Hilfeform beraten, um eine passgenaue Hilfe zu gewähren bzw. dem aktuellen und individuellen Hilfebedarf gerecht zu werden (hier unter Berücksichtigung von Leistungen, die gemäß §78 ff SGB VIII geeignet sowie ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sind).

zu 4:

Auf der Grundlage der Statistik „Controlling auswärtige Hilfen“ wurde mit Stichtag 30.6.2007 erfasst, dass 135 von insgesamt 355 stationären Hilfen außerhalb der Stadt Halle (Saale) erbracht wurden. Aus den Statistiken der Vorjahre ist erkennbar, dass über 40% der stationären Hilfen außerhalb erbracht/geleistet wurden. Somit kann mit Blick auf die letzte Erhebung/Erfassung festgestellt werden, dass sich das Verhältnis der Nutzung von Trägern/Einrichtungen in und außerhalb der Stadt Halle (Saale) zugunsten der Leistungserbringung in der Stadt Halle (Saale) entwickelt hat.

zu 4.1:

Vorrangig sollen die Hilfen in der Stadt Halle (Saale) erbracht werden.

Die Wahl von geeigneten Jugendhilfeeinrichtungen ist ausgerichtet an den Konzepten der Träger und dem jeweiligen Hilfebedarf. Es besteht mit 8 Trägern, die ihren Geschäftssitz nicht in Halle haben, eine langjährige Zusammenarbeit. Davon halten 7 Träger ihre Dienste und Einrichtungen in Sachsen-Anhalt vor (z.B. Ballenstedt, Pretzsch, Sandersleben, Vitzenburg).

Ca. 68 Hilfen wurden per 30.6.2007 bei diesen externen Kooperationspartnern erbracht.

zu 4.2:

Bis zu Beginn des Jahres 2006 wurde eine Nutzung von Einrichtungen außerhalb der Stadt Halle (Saale) in Erwägung gezogen, wenn u. a.

- Maßnahmen der Haftverschonung und der Drogenentwöhnung (für die Überbrückung von Entgiftung und Langzeittherapie)
- Schulverweigerung
- Trennung von Cliquenzugehörigkeit
- Gewalt- und Missbrauchserfahrung
- familienersetzende Hilfen
- richterliche Empfehlung

für den Hilfeprozess zu berücksichtigen waren.

Mit der Fortschreibung der Grundsatzvereinbarung im Jahr 2005, der Qualifizierung einzelner Hilfeformen bzw. Umstrukturierung von Leistungsangeboten in Halle und der Konkretisierung von Fachstandards bilden seitdem

- Maßnahmen der Haftverschonung und der Drogenentwöhnung (für die Überbrückung von Entgiftung und Langzeittherapie)
- wenn bisherige Hilfeverläufe in Halle gescheitert sind, Ausnahmen für eine Heimerziehung außerhalb von Halle.

i. V.

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur und Bildung

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, erklärte, die Antwort werde aufgearbeitet.

Obwohl strukturierte Anfragen gestellt wurden, seien unterschiedliche Fallzahlen enthalten. Nach der Aufarbeitung werde sich ihre Fraktion dazu äußern.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.11 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES
FORUM+UNABHÄNGIGE - zur Umsetzung des Fachkonzeptes Kinder,
Jugend und Familie
Vorlage: IV/2007/06782**

Im HzE-Bereich sollen erhebliche Mitteleinsparungen erzielt werden. Da es sich um gesetzliche Pflichtleistungen handelt, wird dies ohne abgesprochene fachliche Strategien (Jugendhilfeplanung) auf gesamtstädtischer Ebene nicht möglich sein.

Wir fragen daher:

- 1. Warum richtet die Verwaltung angesichts dieser großen fachlichen Herausforderung nicht ein entsprechendes Planungsgremium in Form einer AG nach § 78 ein?**
- 2. Wie stellt sich die Verwaltung den Umbau der Erziehungshilfen in den sozialräumlichen Gremienstrukturen vor?**
- 3. Wie sehen die Arbeitsschritte im Einzelnen aus, welche Akteure sind beteiligt und welche Ergebnisse werden zu welchem Zeitpunkt vorliegen?**
- 4. (Im Fachkonzept werden hierzu keine Arbeitsschritte formuliert)**

Jugendhilfeplanung hat dafür zu sorgen, dass der Bestand an Diensten und Einrichtungen erhoben, der Bedarf ermittelt wird und die bedarfsgerechten Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Die freien Träger sind von Anfang an und umfassend zu beteiligen (§ 80 SGB VIII).

Wir fragen daher:

- 1. Wie wird der Prozess der Jugendhilfeplanung konkret ausgestaltet?**
- 2. Von welchem Bestand an Einrichtungen wird konkret ausgegangen?**

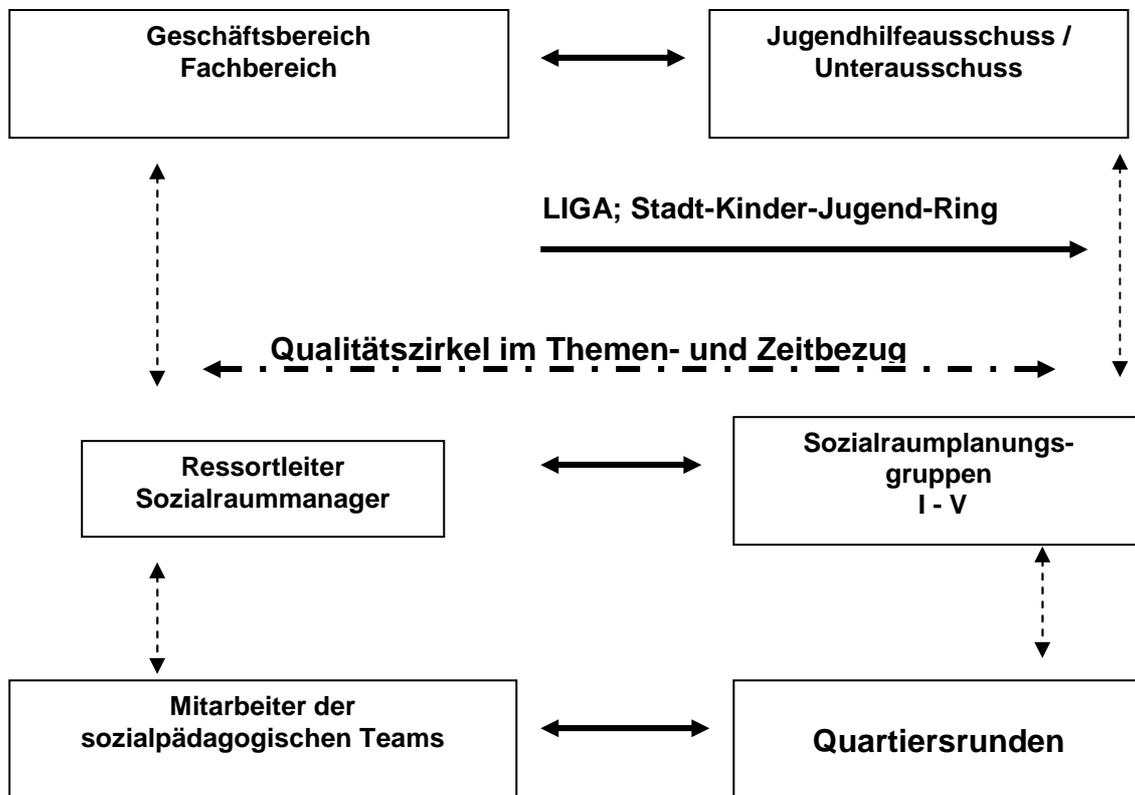
gez. Sabine Wolff
Stadträtin NEUES FORUM

gez.: Prof. Dieter Schuh
Stadtrat UNABHÄNGIGE

Antwort der Verwaltung:

Die Themen Jugendhilfeplanung und Gremien sind nicht losgelöst voneinander zu betrachten; daher sollen die Anfragen in ihrer Gesamtheit beantwortet werden.

1. Die Gremienstruktur wurde im Fachkonzept wie folgt aufgezeigt:



In diesen Gremien werden sowohl die Planungsaufgaben als auch fachlich-inhaltliche Anforderungen erfüllt.

Die Zusammensetzung der Sozialraumplanungsgruppen wurde im Unterausschuss Jugendhilfeplanung diskutiert und beschlossen, es sind jeweils

- 2 Vertreter der Liga
- 2 Vertreter des Stadt-Kinder - und Jugendringes
- 1 Vertreter eines weiteren freien Trägers
- 2 Vertreter von Schulen, Sportvereinen etc. sowie
- 2 Vertreter von Kulturvereinen, aus der Wirtschaft etc.

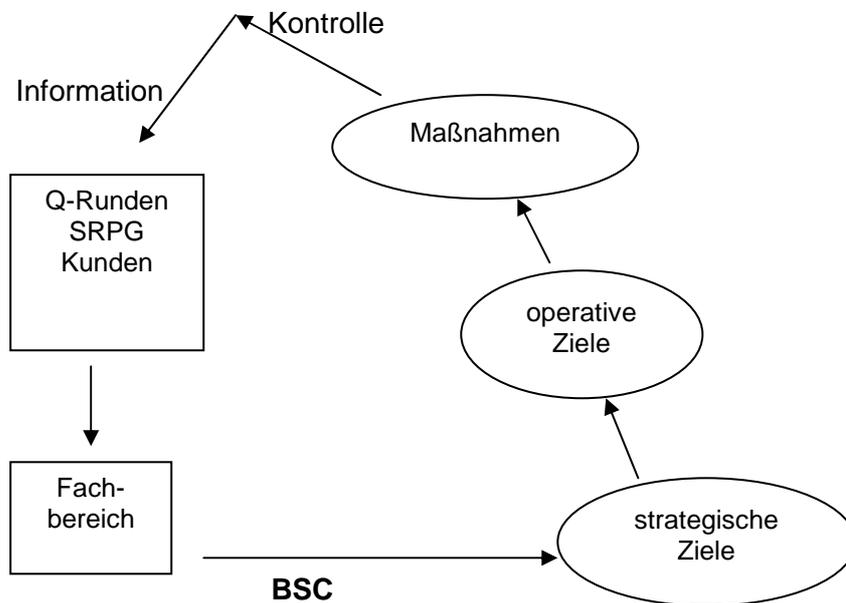
Des Weiteren wurde eine Geschäftsordnung verabschiedet. Die ersten Sitzungen haben bereits stattgefunden.

Bezüglich der Quartiersrunden wurde das von der Verwaltung erarbeitete Diskussionspapier in verschiedenen Runden vorgestellt, überarbeitet und liegt nunmehr als endgültige Fassung vor.

Auch hier konnten bereits in der Praxis erste Erfahrungen gewonnen werden.

Die Steuerung für das operative und strategische Controlling (Analyse, Planung, Umsetzung) basiert auf der Balanced Score Card, die erstmals in diesem Jahr für den Fachbereich insgesamt erarbeitet wurde. Eine Auswertung ist voraussichtlich für die Dezembersitzung des JHA geplant.

Hier ist für das kommende Jahr geplant, diese strategischen Ziele auf die Sozialräume „herunterzuberechnen“; dabei stellen die Sozialraumbeschreibungen die Grundlage dar. Die konkrete Erarbeitung der Ziele sowie der entsprechenden Maßnahmen erfolgt in den Gremien unter direkter Beteiligung der Träger der freien Jugendhilfe.



Bezüglich der Erarbeitung bzw. Fortschreibung von Fachstandards werden Qualitätszirkel eingerichtet, deren Arbeitsauftrag und, damit verbunden, deren Zusammensetzung im Unterausschuss Jugendhilfeplanung festgelegt werden. Dies betrifft in diesem Jahr folgende Themen:

Thema	stationäre Hilfen zur Erziehung
Zielgruppe	Familien, aus denen Kinder / Jugendliche in stationären Einrichtungen untergebracht sind
Ziel	Welche professionellen Settings sind für die gesamte Familie erforderlich, um dem Elternauftrag und dem Kindeswohl gerecht zu werden?
Thema	alternative, flexible Hilfen zur Erziehung (§ 27.2)
Zielgruppe	Familien, in denen Fähigkeiten und Selbsthilfepotentiale zur eigenständigen Lebensführung überwiegend vorhanden sind
Ziel	Vermeidung von Hilfen i. S. von §§ 29ff unter Nutzung von präventiven Angeboten im Sozialraum
Thema	Schulsozialarbeit in Verbindung mit dem ESF-Förderprogramm
Zielgruppe	Schüler/innen der Sekundar - und Förderschulen
Ziel	Senkung des vorzeitigen Schulabbruches

Die Ergebnisse sollen in einem **Fachtag im Januar/Februar** öffentlich vorgestellt werden.

Hinsichtlich der Planung im Bereich der präventiven Dienste und Einrichtungen erfolgt zur Zeit die Fortschreibung und Diskussion der Prioritäten für das Jahr 2008, aufbauend auf den bisherigen Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses und unter der Maßgabe der Entwicklungen in den jeweiligen Sozialräumen.

i. V.
Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur und Bildung

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, sagte, dass ihre Fragen nicht beantwortet wurden.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.12 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES
FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Themenkomplex Abfallgebühren in der
Stadt Halle
Vorlage: IV/2007/06781**

In der MZ vom 28.09.2007 war unter folgendem Titel „Halle Spitze bei Abfallgebühr“ zu lesen, dass die Abfallgebühren im Vergleich mit anderen Städten, die in der Stadt Halle besonders hoch seien.

Deshalb fragen wir:

- 2. Welche Gründe gibt es für die hohe Abgabegebühr?**
- 3. Wie ist der Stand zur geplanten Müllverbrennungsanlage?**
- 4. Würde ein Aufhebungsbeschluss zum Bau einer Müllverbrennungsanlage zur Senkung der Gebühren für den/die einzelne/n Bürger/Bürgerin führen?**
- 5. Würden im Falle der Aufhebung des Beschlusses der Stadt Halle zusätzliche Kosten entstehen?**
- 6. Wenn ja, in welcher Höhe?**

Sabine Wolff
Stadträtin NEUES FORUM

Prof. Dr. Dieter Schuh
Stadtrat UNABHÄNGIGE

Antwort der Verwaltung:

zu 1:

In der MZ vom 28.9.2007 wurde die Abfallgebühr für einen Modellhaushalt (4 Personen, Biotonne, Restmülltonne MGB 60 Liter/14-tägliche Entsorgung) verglichen mit den Gebühren vom alten Saalkreis, dem alten LK Merseburg-Querfurt, Magdeburg und Dessau.

In diesem konkreten Vergleich lagen laut MZ Halle und Dessau auf den letzten beiden Plätzen.

Grundsätzlich ist zu diesem Vergleich Folgendes anzumerken:

- Die in den genannten Jahresgebühren beinhalteten Leistungen sind unterschiedlich, d. h. für verschiedene Leistungen werden teilweise zusätzliche Gebühren erhoben. Außerdem werden Städte mit Landkreisen verglichen, deren Logistik nicht vergleichbar ist. In belastbaren Ratings werden gleichgroße Städte miteinander verglichen und Landkreise untereinander.
- Im alten Saalkreis wird keine Biotonne angeboten. Daher ist ein Vergleich mit der Saalkreisgebühr nicht angebracht, er verfälscht das Ergebnis.
- Für den LK Merseburg-Querfurt wurden 2 wesentliche Gebührenbestandteile nicht in die verglichene Jahresgebühr eingerechnet, sondern nur als Gebührengroße in Cent/kg Restmüll bzw. Bioabfall angegeben. Daher ist dieser Vergleich nicht korrekt. Zählt man die fehlenden Bestandteile für eine Durchschnittsfamilie im LK MQ dazu, liegt die Modellfamilie hier sogar über der Jahresgebühr von Halle und Dessau.
(40 kg Bioabfall /Person x a ---> 30,40 €/a Bioabfallgebühr
60 l Restabfall /14 Tage = 1,56 m³/a = 243 kg/a ---> 42,60 €/a Restabfallgebühr
Diese beiden Summen sind zu den aufgeführten 89,16 € hinzu zu rechnen.)
- Bei anderen Modellannahmen sehen die Vergleiche anders aus.

Zur Abfallgebühr der Stadt Halle (Saale) ist grundsätzlich Folgendes zu sagen:

Im Rahmen der öffentlichen Abfallentsorgung für die Bürger werden alle abfallwirtschaftlichen Leistungen erbracht, für die die Stadt Halle (Saale) zuständig ist. Jede einzelne Leistung wird getrennt kalkuliert (z. B. Restmüllentsorgung, Sperrmüllentsorgung, Papierentsorgung, Biomüllentsorgung, Schadstoffentsorgung usw.). Die logistischen Leistungen (Einsammeln, Transportieren, Umschlagen ...) erbringt die Stadtwirtschaft GmbH Halle als Beauftragter Dritter. Die reine Entsorgung der verschiedenen Abfallarten (Verwertung oder Beseitigung) erfolgt über andere Unternehmen. So war z. B. über ein europaweites Bieterverfahren die Restmüllentsorgung auszuschreiben und zu vergeben, die Prämissen hierzu wurden vom Stadtrat bestätigt.

Der größte Anteil in der Abfallgebühr ist der Kostenfaktor „Restmüllbeseitigung“. Zurzeit beträgt dieser Preis 114,32 €/t zzgl. MWSt. Die Aussage ist korrekt, dass mit einer kostengünstigen Restmüllbeseitigung eine günstige Abfallgebühr erhoben werden kann.

Einen Überblick über die einzelnen Kostenbestandteile in der Abfallgebühr erhalten die Stadträte jeweils im Rahmen der Beschlussfassung zur Abfallgebührensatzung. Die ausführlichen Unterlagen zeigen einerseits die Einzelkosten und andererseits die daraus berechneten Bestandteile der Abfallgebühr.

zu 2:

Der durch AGR bzw. RAB vertraglich zugesicherte Bau der MVA hat noch nicht begonnen. Da es sich hierbei um eine vertragliche Pflicht des Partners AGR handelt, hat die Stadt Halle (Saale) in Verbindung mit den Stadtwerken Halle geeignete Maßnahmen ergriffen, um die Errichtung der Anlage einzufordern.

Als Reaktion darauf hat die AGR die Stadt darum gebeten, Gespräche zu führen, ob und unter welchen Bedingungen ein Ausscheiden des Vertragspartners AGR aus dem Vertragswerk möglich wäre.

Die Stadt hat zunächst verdeutlicht, dass sie generell auf der Erfüllung der Verträge, insbesondere im Hinblick auf die Entsorgungssicherheit besteht. Darüber hinaus wird das Anliegen der AGR zurzeit geprüft.

zu 3:

Ob eine Veränderung des Beschlusses zum Vertragspaket mit AGR bzw. RAB und ein damit möglicherweise verbundener Verzicht auf den Bau einer MVA in Halle zu einer Senkung der Gebühren führt, hängt unmittelbar von der Höhe der Kosten einer dann notwendigen Alternativlösung ab. Da diese zurzeit weder technologisch (Verbrennung, Sortierung, mechanisch-biologische Behandlung) noch hinsichtlich des Vertragspartners feststeht, sind auch die erzielbaren Preise zurzeit nicht sicher quantifizierbar. Eine Aussage, ob eine Senkung der Gebühren möglich wäre, kann daher zurzeit nicht getroffen werden.

zu 4:

Generell gilt hier das bereits zu 3. ausgeführte. In Ermangelung konkreter Daten über ein mögliches Ausscheiden des Partners AGR aus dem Vertragswerk, kann hierzu noch keine Aussage getroffen werden.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 mündliche Anfragen von Stadträten

Frau Prof. Vent, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, fragte, ob es nicht möglich wäre, die Verkaufswagen des Marktplatzes wieder auf ihren ursprünglichen Platz zu stellen. Die Sanierung des „Roten Turmes“ benötige nicht so viel Platz, als dass nicht wenigstens ein Teil des Marktgeschehens auch dort stattfinden könnte. Sie fragte, wie lange die Sanierungszeit am „Roten Turm“ geplant sei.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit, antwortete, dass sich über die Marktplatzgestaltung verwaltungsintern verständigt wurde. Sicherlich sei es richtig, dass auf der Westseite des Marktplatzes noch Platz sei, dieser sei aber nicht ausreichend für den Gesamtmarkt.

Das schwierige Marktgefüge zu trennen, lehne er ab. Die Ablehnung werde auch von Frau Oberbürgermeisterin Szabados unterstützt.

Für die Bauzeit des „Roten Turmes“ soll der Markt als Einheit belassen werden.

Die Sanierung des „Roten Turms“ soll bis zum 3. bzw. 4. Quartal 2008 andauern.

Frau Prof. Vent wies darauf hin, dass dann zum nächsten Stadtrat der Antrag eingebracht werde, die Verkaufswagen wieder auf den alten Platz zu stellen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, fragte, da nun der Haushalt genehmigt sei, wann der Fußgängerüberweg am Universitätsring in Richtung Harz-Mensa eingerichtet werde.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, dass dieser Fußgängerüberweg geplant sei.

Über die Realisierung werde er in der nächsten Sitzung des Stadtrates berichten.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, hatte zwei Fragen:

- Wann erfolgt die Einführung der Beschlusskontrolle? Aus ihrer Fraktion seien beschlossene Anträge nicht umgesetzt worden.
- Wie ernst nehme die Stadt die Prüfung zur Familienfreundlichkeit?
Hier bezog Frau Wolff sich auf einige Schulwege.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete zur zweiten Frage, dass die Hinweise zur Familienfreundlichkeit durch die Verwaltung ernst genommen werden und bei der Erstellung von Vorlagen Berücksichtigung finden.

Bei anstehenden Baumaßnahmen werde die optimale Kinderfreundlichkeit überprüft. Es könne aber nicht gleichzeitig an jeder Stelle geprüft werden.

Bezogen auf die Beschlusskontrolle erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados,** dass durch die Geschäftsstelle Stadtrat eine ständige Kontrolle der Beschlüsse und Anträge erfolge.

Dem Stadtrat werde im Monat Dezember eine Vorlage zum Beschlusscontrolling vorgelegt.

Frau Wolff solle ein konkretes Beispiel zur Nichtumsetzung von Anträgen nennen, damit durch die Verwaltung eine Klärung herbeigeführt werden könne.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, hatte drei Fragen:

1. Liegt ein „Fahrplan“ zur Erstellung der Konzeption für die Dauerausstellung von Herrn Hirte vor?
2. Wie werde die „Hochkultur“ definiert?
3. An wen sich Bürgerinitiativen wenden müssen, um Spielgeräte von Spielplätzen, die nicht mehr benötigt werden, zu erwerben?

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, antwortete zur ersten Frage, dass der „Fahrplan“ dem GB IV vorliege. Dieser beinhalte das Grobkonzept. So werde am Ende des nächsten Jahres eine detaillierte Konzeption für die Ausstellung vorliegen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte zur letzten Frage, dass nicht mehr gebrauchte Spielgeräte in Kindergärten umgesetzt werden. Diese werden vorher vom TÜV geprüft.

Sie könne nicht beantworten, welches Verfahren eingehalten werden müsse wenn Vereine Spielgeräte übernehmen möchten.

Sie werde sich diesbezüglich an den Fachbereich Grünflächen wenden. Sie sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Zur zweiten Frage bezüglich der Bezeichnung „Hochkultur“ sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass sie im Zusammenhang mit der Aufteilung der zukünftigen Geschäftsbereiche und der Zuschnitte versucht habe zu erklären, dass die eigenständigen Einrichtungen direkt bei ihr angesiedelt werden sollten, weil sie es nicht für notwendig ansehe, einen Beigeordneten zwischenschalten. Wenn sie in diesem Zusammenhang die Oper, die Theater und das Orchester als „Hochkultur“ bezeichnet habe - welches sie für sich nicht mehr nachvollziehen könne – sei dies eine unglückliche Formulierung gewesen.

Sie werde hierzu eine schriftliche Antwort geben.

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, erläuterte, ihm sei auf seine Anfrage hinsichtlich des Abrisses des baufälligen Hauses in der Willy-Lohmann-Straße 1 geantwortet worden, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass bis Ende September der Abriss erfolgt sei. Dies sei bisher nicht geschehen.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, erklärte, dass jetzt der nächste Schritt wäre, dem Eigentümer eine Frist zum Abriss zu geben und anzudrohen, wenn der Schaden nicht beseitigt werde, dass dann eine Ersatzvornahme erfolgen wird.

Lässt der Eigentümer das Haus nicht abreißen, wäre der weitere Verfahrensweg, das zu Lasten der Stadt zu tun. Es werde dann versucht, das Geld vom Eigentümer zurück zu holen. Dies gelinge leider nicht immer.

Er werde sich nach der derzeitigen Sachlage zum Haus in der Willy-Lohmann-Straße erkundigen und Herrn Wehrich darüber informieren.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, stellte fest, dass zum Thema Bürgerhaushalt keine Veröffentlichung in der Presse und im Internet erfolgte.

Er fragte, wie und in welcher Form die Stadtverwaltung den Bürgern die Möglichkeit zur Mitwirkung geben will.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass im nächsten Amtsblatt ein Hinweis zur Einsichtnahme in den Haushalt erfolgen wird.

Sie bat die anwesenden Vertreter der Presse um Information in deren Zeitungen. Herrn Drenkelfuß, Pressesprecher der Stadt Halle, bat sie, den Vertretern der Presse die nötigen Informationen zu geben.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE, fragte:

- Wann werde der Rest des Geländes am Neubau des Cliquen-Treff „Schnatterinchen“ hergerichtet?
- Wie wird mit den entkernten Schulgebäuden in Halle-Neustadt umgegangen?

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, fügte hinzu, dass das Zentrale GebäudeManagement schriftlich gebeten wurde, zu den baulichen Mängeln des Neubaus des Cliquen-Treffs Stellung zu nehmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte allen Fraktionen eine schriftliche Antwort zu.

zu 10 **Anregungen**

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE, informierte, dass Herr Oertel, Projektleiter beim MDR-Hörfunk, mitteilte, dass die Turntable-Days wahrscheinlich nicht wieder in Halle stattfinden werden. Diese seien aber eine wichtige kulturelle Veranstaltung für eine bestimmte Bevölkerungsschicht - genau so wie die Händelfestspiele.

Auch habe der Veranstalter im letzten Jahr die Lärmbeeinflussungen minimiert. Herr Schramm regte an, dass der Stadtrat dem Veranstalter ein Zeichen seiner Positionierung geben sollte.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, hielt dagegen, die Turntable-Days nicht mehr stattfinden zu lassen.

zu 11 **Mitteilungen**

zu 11.1 Bericht über die Lage der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale)
Berichterstatter: Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06654

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, bat **Herrn Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter der Stadt Halle (Saale)**, vor seinem Bericht auf die Situation der Beherbergung der Hörgeschädigten z. B. in der Gellertstraße einzugehen.

Herr Dr. Fischer erläuterte, dass das Gebäude in der Gellertstraße (ehemaliges Gehörgeschädigtenzentrum) an die Stadtverwaltung nach Konkurs des Trägers dieser Einrichtung zurückgefallen sei.

Die baulichen Mängel an diesem Gebäude seien so erheblich, dass die Vereine auch wegen der Gesundheitsgefährdung dort nicht mehr belassen werden können.

Den Vereinen wurden Angebote unterbreitet, welche unterschiedlich angenommen wurden.

Mit zwei Vereinen, die von der Stadt gefördert werden, stehe man in Verhandlungen.

Den Vereinen, die in Selbstinitiative arbeiten und deren Förderung völlig unklar sei, werden auch Angebote unterbreitet.

Den Vereinen können nicht kostenfrei Gebäude zur Nutzung zur Verfügung gestellt werden.

Die nächste Information hierzu könne er erst am 15. November 2007 geben.

Herr Dr. Fischer erläuterte den „Bericht über die Lage der Menschen mit Behinderungen in der Stadt Halle (Saale)“.

Der Stadtrat nahm den Bericht zur Kenntnis.

**zu 11.2 Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
"38. Quartalsbericht Straßenbahnneubaumaßnahme Halle-Neustadt bis
Riebeckplatz/ Hauptbahnhof"
Vorlage: IV/2007/06755**

Der Stadtrat nahm den Bericht zur Kenntnis.

**zu 11.3 Jahresrechnung 2006 und Haushaltsplan 2008 der Oelhafe-Zeysesche
Stiftung
Vorlage: IV/2007/06762**

Der Stadtrat nahm die Information zur Kenntnis.

**zu 11.4 Jahresrechnung 2006 und Haushaltsplan 2008 der Wilhelm-Herbert-Marx-
Stiftung
Vorlage: IV/2007/06763**

Der Stadtrat nahm die Information zur Kenntnis.

**zu 11.5 Information zum Stand der Erarbeitung zu einem Dachflächenkataster für
Photovoltaikanlagen Vorlage : IV/2007/06605**

Der Stadtrat nahm die Information zur Kenntnis.

**zu 11.6 Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur
Heizungsoptimierung in kommunalen Gebäuden
Vorlage: IV/2007/06709**

Der Stadtrat nahm die Beantwortung zur Kenntnis.

zu 11.7 Mitteilung zur Anfrage des Stadtrates Dietmar Weihrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Umsetzung des beschlossenen Energiespar-Contracting-Modells in Halle (Saale) (Vorlage: IV/2007/06531)

Der Stadtrat nahm die Mitteilung zur Kenntnis.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados hatte folgende Mitteilungen:

Händelfestspiele 2009

Die Schirmherrschaft über die Händelfestspiele im Jahr 2009 zum 250. Todesjahr von Georg Friedrich Händel werden der Bundespräsident und die englische Königin übernehmen.

Fusion der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle und der Kreissparkasse Merseburg-Querfurt

Dem Stadtrat werde in der Sitzung im November einen Beschluss zur Fusion der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle und der Kreissparkasse Merseburg-Querfurt vorgelegt. Der Beschluss werde zeitgleich im Stadtrat der Stadt Halle bzw. im Kreistag des Saalekreises getroffen werden.

Die Vorlage sei zurzeit in der Erarbeitung und werde dann in die entsprechenden Ausschüsse gehen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bot an, dass der Vorstandsvorsitzende der Stadt- und Saalkreissparkasse, Herr Stumpf, in die Fraktionen geht. Die Fraktionen hätten dann die Möglichkeit, Fragen betreffend des Altdefizits zu stellen.

Delegation nach China in die Stadt Jiaxing

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte, dass Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, die Leitung der Delegation übernahm, da sie erkrankt war.

Die Teilnehmer der Delegation werde sie einladen, damit diese über die Reise berichten können.

Sie bat Herrn Weiland um Kurzinformation zur Reise.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, informierte, dass die Delegation in China sehr herzlich empfangen wurde.

Die Präsentation der Stadt Halle wurde sehr interessiert entgegengenommen.

Das Programm in China war hochinformativ. Die Situation in beiden Städten sei ähnlich. Die dort stattfindende Entwicklung könne für die Stadt Halle interessant sein. So wurde über Sport, Kultur, Bildung und den Jugendaustausch gesprochen.

Die Mitglieder der Delegation seien der Meinung, dass über eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Jiaxing nachgedacht werden sollte.

Ein konkreter Bericht an den Stadtrat werde noch erstellt.

Herr Weiland übergab an Frau Oberbürgermeisterin Szabados zwei offizielle Geschenke der Stadt Jiaxing.

zu 12 Anträge auf Akteneinsicht

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass ein Antrag auf Akteneinsicht von der Fraktion der CDU in alle Verträge zu Mieten und Pachten zwischen der Stadt Halle (Saale) und den Freien Trägern der Jugendhilfe zur Hortbetreuung vorliege.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 37. öffentliche Tagung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin